

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Kurt Morawski, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 2. Juli 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Kurt Morawski, Nr. 11758-51.

Vor der Konferenz in Spa.

Erweiterung des Programms?

Paris, 1. Juli. „Echo de Paris“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß das Programm für die Konferenz von Spa sich erweitert habe. Lloyd George habe die Generäle in Berlin und Ostpreußen berufen. Es müsse darauf geschlossen werden, daß nicht nur die Entlassung Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, sowie auch das Schicksal gewisser von Deutschland abgetrennter Gebiete, z. B. Danzigs, in die Debatte hineingezogen werden soll.

Die deutsche Delegation.

Berlin, 1. Juli. Zur Konferenz in Spa werden nach den vorläufigen Beschlüssen sich folgende Reichsminister begeben: Kriegsminister Dr. Simons, sowie die Reichsminister Witt, Schulz und Hertel. Insgesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Stabpersonal nach Spa gehen.

Frankreichs Vertreter.

Paris, 1. Juli. (WZ.) Als Hauptvertreter Frankreichs auf den Konferenzen in Spa und Brüssel werden noch folgende genannt: Präsident der Wiedergutmachungskommission Dubois, General Beggand, Admiral Vassieux, Unterstaatssekretär Bignon und Direktor des Auswärtigen Amtes Berthelot.

Zwei deutsche Denkschriften überreicht.

Berlin, 1. Juli. (WZ.) Die Friedensdelegation in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerquellen angespannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechung in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit der Kräftigung übergeben, das von 22 hervorragenden im wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnet ist.

Keine Fristverlängerung für die Räumung im Ruhrgebiet

Paris, 1. Juli. Der „Matin“ erklärt, daß die Vorkonferenz, die gestern die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung um Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone auf dem rechten Rheinufer prüfte, sich in aller Form dagegen ausgesprochen habe. Dieser Beschluß wird dem Obersten Rat bei seiner Zusammenkunft in Brüssel zweifellos unterbreitet werden.

Die Last der Besetzung.

Die neugewählten Reichstagsabgeordneten aus den besetzten rheinischen Gebieten hielten am Donnerstag im Reichstagsgebäude eine Besprechung ab. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen waren vertreten. In einer mehrstündigen Aussprache wurden mancherlei Mißstände aus den besetzten Gebieten vorgebracht. Mit großer Entschiedenheit wurde verlangt, daß die Reichsregierung auf eine Verklärung der Besatzungssituation hinwirken müsse. Die Anwesenheit der Besatzungstruppen erleichtere nicht die Verständigung der Völker, sondern erschwere sie. Chauvinistische Agitation gegen die Entente und ihre Truppen werde von allen Vertretern der besetzten Gebiete entschieden abgelehnt.

Die Besetzungsdauer müsse jedoch abgeklärt werden, weil Deutschland die ungeheuren direkten und indirekten Lasten der Besetzung nicht tragen könne. Daß von irgendwelchen Bewaltnismitteln der deutschen Politik gegen die Entente nicht die Rede sein könne, wurde von allen Seiten anerkannt. Von manchen Abgeordneten wurde behauptet, daß eine gewisse Verschärfung der Maßnahmen der Besetzungsbehörden zu beobachten sei.

Es wurde beschlossen, den parlamentarischen Beirat beim Reichskommissar, der bisher 18 Mitglieder und 18 Stellvertreter zählte, entsprechend dem veränderten Stärkeverhältnis der Parteien zu rekonstruieren.

Die angeblich große Schiffskatastrophe auf der Rewa, bei der 2000 Gefangene der Mittelmächte umgekommen sein sollten, stellt sich glücklicherweise als viel harmloser heraus. Es befanden sich an Bord nur 300 Insassen, die, nachdem das Schiff infolge ungeschickten Manövrierens gelentert war, sämtlich bis auf zwei Mann ungarischer Nationalität und acht Mann der russischen Besatzung gerettet wurden. Weder Deutsche noch Österreicher sind also umgekommen.

Der Mandatskonflikt. Der schwedische Reichstag wird am Freitag im geheimen Sitzung die Mandatsfrage behandeln.

Der französische Botschafter.

Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten außerordentlichen und bevollmächtigten französischen Botschafter Laurent zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Uebereichung hielt der Botschafter folgende Ansprache:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, das Schreiben in Ihre Hände zu legen, durch das der Herr Präsident der Republik Frankreich mich bei Ihnen beglaubigt.

Beziehen die amtlichen Beziehungen unserer beiden Länder in vollem Umfange wiederherzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen zu ihrem fruchtbringenden gemeinsamen Zusammenwirken zwecks Heilung der Wunden des Krieges und schnellem wirtschaftlichen Wiederaufbau von Europa in erhöhter Ausföhrung des Friedensvertrages, der hinfort die gemeinsame Aufgabe aller ihn zeichnenden Mächte sein wird.

Gestatten Sie, Herr Präsident, mir, zur Erfüllung meines Auftrages auf das erfahrene Mitwirken Ihrer Regierung zu zählen und Ihnen meine aufrichtigen Wünsche für Ihre Person und für das Gedeihen des neuen Deutschland in Arbeit und in Frieden zu übermitteln.

Der Reichspräsident nahm das Beglaubigungsschreiben entgegen und erwiderte mit folgenden Worten:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus den Händen Eurer Excellenz das Schreiben des Herrn Präsidenten der französischen Republik entgegenzunehmen, durch das Sie als Botschafter bei mir beglaubigt werden.

Stetig werden die gemeinsamen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wieder in vollem Umfange aufgenommen. Mit Befriedigung entnehme ich Ihrem Worten, daß es Ihre erste Wille ist, dabei mitzuwirken, die Wunden, die der Krieg unseren beiden Ländern geschlagen hat, zu heilen und die Ausföhrung des Friedensvertrages durch eine gemeinsame fruchtbringende Arbeit das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin ich mit der Deutschen Regierung erfüllt. Ich danke Ihnen für die Wünsche, die Sie für das Wohlergehen Deutschlands ausgesprochen und für die freundlichen Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Sollen Sie versichert, daß ich und die Deutsche Regierung alles tun werden, um Ihnen die Erfüllung der Ihnen gestellten Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern. Ich begrüße Ihre Excellenz als ersten Botschafter der französischen Republik bei der Deutschen Republik und wünsche Ihnen vollen Erfolg bei Ihrer hiesigen Tätigkeit.

Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons zugegen.

Kein Vertrauen.

Konflikt zwischen Saararbeitern und Besatzungsbehörde.

Saarbrücken, 1. Juli. Gestern nachmittag fand im hiesigen Arresthaus unter Vorsitz des Präsidenten der Regierungskommission, Rault, im Beisein der übrigen Regierungsmitglieder, einer Delegation des Saarbrücker Knappschaftsvereins, der Bergwerksdirektion und je eines Vertreters des Deutschen Bergarbeiterverbandes und des Christlichen Gewerksvereins eine Sitzung der Regierungskommission statt, um die Maßnahmen zu prüfen, wie im Falle der Saarbrücker Knappschaftsvereins nach dem Friedensvertrage von Versailles sichergestellt werden soll. Laut „Neuem Saarbrücker Kurier“ wies zu Beginn der Sitzung Präsident Rault darauf hin, daß die Regierungskommission von vornherein jede Erörterung über die Besatzung sowie über die grundsätzlichen Fragen der Einsetzung des Oberbergamtes Saarbrücken ausschloß, daß das Oberbergamt Saarbrücken vollständig das Oberbergamt Bonn ersetzen solle, mit denselben rechtlichen Befugnissen. Auf eine weitere Klärung des Präsidenten, daß die Regierungskommission gewillt sei, vornehmlich die Interessen der Arbeiter zu fördern, rief der Vertreter des Christlichen Gewerksvereins Rarius dem Präsidenten zu: „Wir haben ein Recht zu fragen, wie die Regierung dazu kam, das Oberbergamt einzurichten, und mit welchen Nachbegründungen. Wir beurteilen die Regierungskommission nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten, und da haben wir keine Ursache, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen.“ Präsident Rault hob hierauf ohne weitere Verhandlungen die Sitzung auf.

Rowno von den Roten besetzt.

Warschau, 30. Juni. (Dena.) Nach einem Moskauer Funkruf wurden die Polen von roten Truppen in Richtung Rowno zurückgeschlagen und die Stadt selbst schon von den Bolschewiken eingenommen.

Rowno liegt in Polnien und ist nicht zu verwechseln mit Rowno, das in Nord-Polen bzw. Litauen liegt.

Die internationale Seemannskonferenz in Venedig nahm den Bericht über das internationale Seemannsrecht an und beschloß die Modifizierung der nationalen Seemannsrechte zu empfangen.

Die Mär vom besseren Frieden.

Von Ulrich Kaufner.

Während des Wahlkampfes ist von deutschnationaler Seite, unter Vorantritt des Staatsministers und früheren Botschafters Geislerich, das Märchen von einem zweiten Friedensvertrag verbreitet worden, der wesentlich milder gewesen sei als der schließlich von uns unterschriebene, und den man aus der Schublade herausgeholt und nur zur Unterföhrung vorgelegt hätte, wenn wir in Versailles nur recht brav und ausdauernd „Nein“ gesagt hätten. Die Existenz eines solchen zweiten Vertrages ist von Regierungseite bereits demontiert worden. Die Ungeheuerlichkeit einer solchen Erfindung auf einem Gebiet, das für demagogische Verberbung keinen Raum bieten dürfte, ist von uns in zahlreichen Wahlversammlungen gebrandmarkt worden. Heute sind wir in der Lage, die Entstellung dieser außenpolitischen Märge nachzuweisen und ihr damit ein für allemal das Genick anzudrehen.

Am 25. Juni hat der Mitarbeiter Clemenceau, Herr Lardieu, seinen Herrn und Meister gegen die Angriffe Briand's verteidigt, der Clemenceau's Orientpolitik aus scharfem Angriff. Herr Lardieu hat den beliebigen Weg gewählt, nicht das zu widerlegen, was zur Diskussion stand, sondern gegenüber der abspredenden Kritik Verbündete Clemenceau auf anderen Gebieten herauszutreiben. Zu diesem Zwecke zählte er auf, was Herr Clemenceau nachteiliges für Frankreich verhindert habe, unter anderem die sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund, die Besetzung des deutschen Staatseigentums in Elsaß-Lothringen, das Freiwerden Deutschlands von jeder Schuldzahlung nach 30 Jahren und die Erlaubnis eines Zusammenschlusses der deutschen und der deutsch-österreichischen Republik. Auf die Zwischenrufe, wer denn diese „Ungeheuerlichkeiten“ empfohlen und vertreten habe, barmherzig er zuerst jede Antwort, und auf die prägnante Frage eines Abgeordneten hin erwiderte er, diese Forderungen seien bald von dem einen, bald von dem anderen der Alliierten unterföhrt worden.

Daraus geht vor allen Dingen klar hervor, daß es sich nicht etwa um ein zusammenhängendes Programm, um eine zusammengehörige Reihe von aufeinander abgestimmten Bedingungen handelt, sondern um einzelne, von einander unabhängige Vorschläge, wie sie in der sechsmonatigen Diskussion innerhalb der Entente ausgedacht und verhandelt wurden. Hauptächlich aber beweist diese Kammerdebate und beweisen vor allen Dingen die sonstigen Veröffentlichungen Lardieu's, daß es sich bei all dem um Unkimmigkeiten zwischen den Alliierten handelte, die längst ausgeglichen waren, ehe der formulierte Friedensvertrag vom 7. Mai 1919 in Versailles überföhrt wurde.

Ein dokumentarischer Beweis dafür ist Lardieu's Schilderung in der „Illustration“ über den Kampf Clemenceau um die Besetzung der Rheinlande. Da wird von Tag zu Tag, ja manchmal von Stunde zu Stunde geschildert, wie zuerst, besonders bei Amerika und England, eine heftige Abneigung gegen diese Besetzung bestanden habe, wie sie als den Grundfragen der Selbstbestimmung der Völker widerlaufend empfunden worden sei, wie man in ihr eine ewige Vergiftung der internationalen Beziehungen erkannte, wie aber Clemenceau auf der Behauptung stehen blieb, abgesehen von allen gegenseitigen Verteilungsverträgen müsse dem Friedensvertrag eine Bürgschaft für die Durchführung und müsse Frankreich ein physischer Schutz gegenüber einem Deutschland gesichert bleiben, das vom Krieg her auf Jahre hinaus über Millionen ausgebildeter Soldaten verfüge. Nur die Besetzung erfülle dies doppelte Bedürfnis. Am 20. April, abends 6 Uhr, so erzählt Lardieu, erreicht Clemenceau die Zustimmung des Präsidenten Wilson zu den Bestimmungen des Kapitels 14 (Besatzungsbestimmungen), am 22. April gibt Lloyd George die feintige. Damit war die Tragödie der Rheinlande beschlossen, lange ehe der Vertrag zu den sogenannten Friedensverhandlungen in Versailles führte.

Auch in unseren Reihen hat es Männer gegeben, die am 28. Juni 1919 von einer Unterzeichnung abrieten und einer Politik der Ablehnung als der richtigeren das Wort redeten. Aber keiner von ihnen hatte eine derart kindliche Geschichtsauffassung, daß er glaubte, ein Nein sei das Zauberwort, das nun automatisch neue und mildere Friedensbedingungen herbeiföhren könnte.

Herr Lardieu hat mit seinen Enthüllungen französischen innerpolitischen Erwägungen dienen wollen. Sie waren ihm eine Waffe gegen die immer mehr erstarkende Kritik, mit der in Frankreich die antideutsche Romantik Clemenceau's bedacht wird, der unablässig seinem Deutschenhaß opferie und zwar nicht nur unsere Lebensinteressen und die herrlichen, oft betonten Ideale der Entente, sondern auch die Ziele der französischen Imperialisten auf anderen außereuropäischen Gebieten. Für deutschnationaler Seite bieten sie keine Handhabe, weil sie einerseits mit Willen unklar gehalten sind und andererseits beweisen, daß wir in Versailles

einem geschlossenen Willen gegenüberstanden. Gegen die Vergangenheit und die deutsche Politik der Vergangenheit sagen sie nichts aus; aber für eine wahrhaft pazifistische Politik der Zukunft können sie uns Wege und Mittel zeigen.

Henke „enthüllt“.

Der gestrige dritte Tag der Debatte über das Regierungsprogramm begann mit einer Rede unseres Genossen Hermann Müller, die noch einmal mit überzeugender Klarheit die Gründe unserer Haltung in der Regierungsfrage sowohl nach rechts wie nach links darlegte. Die Rede spielte erst bei der Auseinandersetzung mit den Unabhängigen den verhängnisvollen Zirkel, wachte sich aber alsbald auch Dinge lösen, die zu hören ihr weniger angenehm war. Mit großer Ueberzeugungswärme bekannte sich Genosse Müller zu einer nicht bloß deutschen, sondern europäischen Politik, in ihr sah er den Hauptgrund der Unmöglichkeit, mit einer Partei zusammenzugehen, die, wie die Deutsche Volkspartei, nationalistische Tendenzen vertritt.

Darauf gab der Reichsfinanzminister Dr. Wirth ein erschreckendes Bild von dem Finanzland, in das Deutschland durch den Krieg gestürzt worden ist. Die Summe von 25 Milliarden Schulden und 15 Milliarden jährlichen Zinsen bei den Reichseisenbahnen ist schon genannt worden. Gegen den Nachweis, daß dieses Finanzland in der Finanzpolitik während des Krieges keine Urkataste habe, verteidigte sich der sich sehr getroffen fühlende Herr Helfferich vergeblich durch Zitierrufe zu wehren.

Dann ergriff der Unabhängige Henke das Wort, um es bis kurz vor Sitzungsschluss nicht wieder loszulassen. Wenn er ganz besonders klar auf Henke ist, so versteht man das mündlich, weil ja Henke einst in Weimar den Feldennut dieses großen Revolutionärs in der empfindlichsten Weise bloßgestellt hatte. Henke bekannte sich dann ohne Umschweife zur Diktatur des Proletariats und zum politischen Räte system, ohne zu verraten, wie er sich dieses System vorstelle und wie man zu ihm gelangen könne. Es ist die alte Methode, die Arbeiter mit Schlagworten zu füttern und auf dem Reichstageskongress zu vertritt. Den Haupttrumpf glaubte aber der unabhängige Redner auszuspielen zu können, indem er aus einem vertraulichen Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Parteizentrale vom 9. Juni d. J. einige Sätze zum besten gab. In diesen Sätzen wird vorausgesetzt, daß die Unabhängigen den Eintritt in die Regierung ablehnen würden, und weiter ausgesprochen, daß es der Sozialdemokratischen Partei nur recht sei, wenn eine Reichsregierung nach Spangenberg, wie zu sagen, was sie leisten könne. Das waren gerade keine anerkennenden Entlassungen, und Henke blieb kein anderer Triumph als der, in den Besitz eines vertraulichen, nicht an ihm gerichteten Schreibens gelangt zu sein, worauf er anschließend sehr stolz war.

Eine Rede des bayerischen Bauernbündlers in Alpentoch, Gustav Eisenberger, gegen die Zwangswirtschaft schloß die dritte Tag die zweite Rednerreihe, mit der man heute fertig zu werden hofft. Dann kommt die Abstimmung, auf die man nicht mehr neugierig ist. Die lang gesuchte „Formel“ ist gefunden, und die Regierung wird die Koffer nicht wieder anspucken müssen, die schon für Eva gepackt sind.

Unabhängige Gewissenlosigkeit.

Im „Vorwärts“ vom 13. Juni hatten wir unter der Überschrift: „Eigenartige Völkerverdöhnung“ einen Brief besprochen, den die „Freiheit“ tags zuvor unter großer Aufmachung als einen „Anruf zur Völkerverdöhnung“ ihren Lesern beschickte hatte. Es war dies ein Brief voll gehässiger Beschuldigungen der „verbrecherischen“ deutschen Reichsregierung und ohne ein Wort des Tadels gegen die französische Regierung unterzeichnet: Jacques Meunier, Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes der Linie Paris—Oyon—Mittelmeer.

Obwohl wir sofort Zweifel an der Echtheit dieses scham-

losen Dokumentes hegten — wir bemerkten ausdrücklich, daß ein Jacques Meunier in der französischen Gewerkschaftsbewegung niemals besonders hervorgetreten ist —, so konnten wir doch nicht glauben, daß das unabhängige Blatt derart gewissenlos und leichtfertig sein würde, ein solches Schreiben in solcher Aufmachung zu veröffentlichen, ohne sich über die Verantwortlichkeit des Einsenders vorher zu informieren. Es war aber an sich schon ein starkes Stück seitens der „Freiheit“, diesen gehässigen Brief überhaupt und dazu noch als einen „Anruf zur Völkerverdöhnung“ an leitender Stelle zu veröffentlichen!

Inzwischen hat sich die Zeitschrift der französischen C. G. T., „L'Information ouvrière et sociale“, unter der Überschrift: „Ein merkwürdiger Brief“ mit der Angelegenheit befaßt. Sie stellt fest, daß ein Jacques Meunier im französischen Eisenbahnerverband gänzlich unbekannt ist. Sie fügt hinzu, daß es

„Jaum glaublich ist, daß ein so bedeutendes Organ, wie die „Freiheit“, einen derartigen Text veröffentlicht, ohne den Verfasser durchaus zu kennen.“

Arbeiter, an dieser Geschichte könnt Ihr das Wesen der unabhängigen Propaganda und den Tiefstand der unabhängigen Führerreihe erkennen! Es läuft bei der „Freiheit“ ein Schreiben ein. Man kennt den Unterzeichneten weder persönlich, noch dem Namen nach. Aber tut nichts! Hauptsache ist, daß es recht gemeine Beschuldigungen der deutschen Regierung enthält, und zwar aus französischem Munde, Hauptsache ist, daß man damit in den Augen derjenigen deutschen Arbeiter, die die „Freiheit“ lesen, weil sie die niedrigen Beweggründe der U.-S.-V.-Seite noch nicht durchschauen haben, die deutsche Regierung herabsetzen kann. Hauptsache ist, den mehrheitssozialistischen Reichsminister Hermann Müller und den mehrheitssozialistischen Außenminister Dr. Röster unter Verujung auf einen französischen „Genossen“ als Chauvinisten verleumdend zu werden, die „im deutschen Volke den Haß säen wollen“.

Wir haben dabei die für die „Freiheit“ verhältnismäßig günstigere Vermutung als die richtige vorausgesetzt, nämlich daß das Blatt dank seinem blinden Parteiblog irgendeinem französischen Polizeiagenten auf den Leim gegangen ist. Sollte die „Freiheit“ sich nicht hierzu schweigend äußern und ihren elenden Kleinfall öffentlich zugeben, so müßten wir annehmen, daß Jacques Meunier ein Redakteur der „Freiheit“ ist.

Indessen mögen auch die französischen Genossen aus diesem Fall lernen und das wahre Gesicht der Unabhängigen erkennen! Es ist die alte Geschichte, die Deming „Browda“ in eine bittere, aber leider nur zu wahre Formel zusammengefaßt hat: „Die deutschen Unabhängigen leiden nur die blutbefleckten Stiefel der französischen Generale ab.“

Die Lübecker Unruhen.

Schwere Ausschreitungen. — Todspiegel am Werke. — Vier Tote.

Lübeck, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber die Entstehungsurachen der Lebensmittelplünderungen in Lübeck erfahren wir folgendes: Die Unruhen nahmen ihren Ausgang in der Frühe des Mittwoch in der hiesigen hiesigen Markthalle und griffen mit rasender Schnelligkeit um sich. Unheimlich wuchsen die Ansammlungen, die unter Führung von Ortsfremden, die aus Hamburg herübergekommen waren, sich durch die ganze Stadt zogen. Vor dem Warenhaus Marktstadt machte die Menge Halt, zertrümmerte sieben Spiegel-scheiben, raubte die Auslagen und plünderte das Warenhaus halb leer. Es gelang jedoch, viele der Plünderer zu fassen. Für 50 000 R. Waren wurden diesen abgenommen und

in das Gewerkschaftshaus geschafft. Andere Plünderertruppen räumten in ähnlicher Schutzwartengeschäfte aus und zwangen die Bädermeister, Brot ohne Marken zu verkaufen. Schokoladengeschäfte, Butterhandlungen wurden ebenfalls geplündert. Die Fettwaren wurden zum großen Teile unter Halo auf die Straße geworfen, fielen teils in offenstehende Fenster und ließen zum Teil an den Häusern. Polizei war demgegenüber machtlos; erst als die Sicherheitswehr anrückte und die Menge mit Gewalt auseinanderjagen mußte, ebnete diese Plünderungen ab. Leider sind auch hier wieder vier Tote zu beklagen. Einer fiel in die Fensterscheibe und schnitt sich hierbei die Halsader durch.

Wie überall, so waren auch hier unter den Menschenmengen zahlreiche Reugierige, vor allen Dingen Schüler aus höheren Lehranstalten. Zwei von den letzteren wurden erfaßt, als sie mit Gummiwänteln aus den geplünderten Geschäften kamen. Die Wäntel wurden ihnen abgenommen und sie selbst festgesetzt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß auch hier Todspiegel am Werke waren, um die Unruhe zu vergrößern. Die Gewerkschaftsvorstände und Betriebsobleute traten zusammen, um über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu beraten. Die Kommunisten und einzelne Unabhängige versuchten zum Protest gegen das Eingreifen der Sicherheits- und Einwohnerwehr Propaganda für den Generalkrieg zu machen. Die Kommunisten fordern die Bewaffnung der Arbeiter. Inzwischen sind von den Gewerkschafts- und Betriebsvertrauensleuten 200 organisierte Arbeiter bestellt, die, durch Anbinden kenntlich gemacht, in Gemeinschaft mit der Sicherheitswehr den Ordnungsdienst in der Stadt aufrechtzuerhalten. Seitdem sind Zwischenfälle nicht mehr eingetreten und es ist zu hoffen, daß die Ruhe jetzt nicht mehr gefährdet wird.

Hamburger Bilanz.

Hamburg, 1. Juli. (B.Z.) Nach amtlicher Feststellung sind bei den Lebensmittelunruhen am 26. Juni vier Personen getötet und 10 verwundet worden.

In Worms.

Worms, 1. Juli. (B.Z.) Gestern nachmittag und abend fanden hier Straßenkundgebungen gegen die Lebensmittelverknappung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten geschlossen nach dem Gewerkschaftshaus, wo Versprechungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftswelt ein befristetes Ultimatum überreicht wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der Markthalle. Halbwüchsige Burschen schlugen Schaufenster ein und plünderten die Auslagen. Es kam mehrfach zu schweren Schlägereien und Wunden. So daß die Polizei öfters mit blanker Waffe vorgehen mußte.

Worms, 1. Juli. In den gestrigen Abendstunden setzten sich die Plünderungen fort. Alle großen Kolonialwarenläden sowie Schuhwarengeschäfte und Kleidermagazine wurden gründlich ausgeräumt. Der Schaden dürfte etwa 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Die Polizei fand den Plünderungen machtlos gegenüber. Gegen Mitternacht griffen französische Patrouillen ein. Die Straßen wurden gesäubert. Die Franzosen blieben bis zum Morgen auf dem Marktplatz in Bereitschaft. Der tägliche Wochenmarkt war trotz alledem sehr gut besucht und die Preise zeigten eine sehr erhebliche Senkung. Die Läden sind auch heute noch geschlossen.

Vorsichtsmaßnahmen in Braunschweig.

Braunschweig, 1. Juli. Um Zerstörungswahnen vorzubeugen, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüfen und in erträglicher Höhe festsetzen soll.

Maler Prinz verhaftet.

Köln, 1. Juli. (B.Z.) Hier wurde der Maler Prinz, der in einer Dankschrift behauptet hatte, Scheidemann und Ellery hätten eine Belohnung auf die Beiseitehaltung der Rosa Luxemburg und des Dr. Liebknecht ausgesetzt, festgenommen. Er wird nach Berlin überführt werden.

Die Operette in der Staatsoper.

Das Stück: „Die Strohknechtin.“

Unser Operettenkomponist hatte im hiesigen Schauspielhaus einen ganz großen Erfolg mit dieser lebendigen, lustigen und in der musikalischen Struktur außerordentlich sauberen, nobel angedachten Operette. Obgleich das Stück leidhardt in der dramatischen Entwicklung spielt, obgleich es den Reiz vor dem Ohr, das Auge vor dem Auge bevorzugt, obgleich die Sprache nicht immer so glücklich und poetisch ist, spricht diese mit neuen Beobachtungsmöglichkeiten und akrobatischen Verwicklungen zwischen Mensch und Puppe arbeitende sentimentale Liebesgeschichte gut und begeistert an. Vor allem ist einmal wenig von Scherz und viel von Treue zwischen Mann und Weib zu hören. Also wunderbarlich.

Das tolle Weib ist Weismann. Er hat von den Operettenkomponisten Wiener Schlags manches gelernt, und nun können sie alle diesen Weismann wieder begehrt zählen. Wie schamlos geht diese lächerliche Musik dem Spiel nach, wie leicht und zeitlich leicht hat sie ein Long hoch, wie leicht und kräftig wendet sich hier ein Jockelgang in dem Dreivierteltakt! Da ist nicht ein Hauch von einem Walzer, einer Gigue, dem erfindungsreichen Gänge der Arabesken fallen gleich ein halbes Dutzend Polka, ein Mazurka, zwei Hebesieder, Soldatenmärsche und Märsche die Gänge in brennen, lebendigem Wechsel ein. Schlimmstenfalls eine Operette sind eingeleitet, und ununterbrochen überwiegt die schwer modulatorische Komposition das spezifische Temperament an der unbewußten Betonung einer bellat funktionierenden Ochsenschweif.

Die Aufführung darf als glänzend bezeichnet werden. Man hört einmal im letzten Spiel herrliche Opernkräfte, deren Vera Schwarz und Gerich Witz, beide mit vollendeter Laune und Spielfähigkeit. Auch das zweite Paar Henke und Elli Leuz, links und voll beweglichen Charakters. Der große Franz Groß mit dem Scherz und der Schlangengeknicktheit war mit seiner Vollerfüllung eine Freude des Publikum. Nach dreizehn das Werk mit verständiger Hingabe. R. E.

Die Zahl der deutschen Studentinnen. Die Zahl der an den Universitäten des Reiches eingeschriebenen Studentinnen beläuft sich jetzt auf 1123 gegenüber 1000 vor fünf und etwa 2000 vor zehn Jahren. Der durchschnittliche Anteil der Frauen am Universitätsstudium ist jetzt 12,40 von vier auf fast ein Prozent gestiegen. Auf die einzelnen Universitäten verteilen sich die Studentinnen folgendermaßen: Philosophie, Philologie und Geschichte studieren etwa 3200 gegen 3000 vor fünf Jahren, Medizin 2192 gegen 944, Mathematik und Naturwissenschaften etwa 1200 gegen 691, Rechtswissenschaften und Staatswissenschaften 1150 gegen 185, Zahnheilkunde 152 gegen 65, Pharmazie etwa 120 gegen 15. Die meisten Entschick-

lung trägt demnach den ungünstigen Anstellungsverhältnissen der Frauen im höheren Lehramt deutlich Rechnung. Von diesem Standpunkt rufen die Studentinnen merktlich ab. Auf die Rechtswissenschaften entfallen nur etwa 200 Studentinnen; hier wirkt der Zustand, daß die Frau zum Richteramt nicht zugelassen ist. Der Jura zur Volkswirtschaft ist bezeichnenderweise sprunghaft in die Höhe gegangen.

Der wahre Geist der Wissenschaften. Ein Aufsatz von Wilhelm Wien über die Beziehungen der Physik zu anderen Wissenschaften, den die „Jüdischen Monatshefte“ drucken, faßt das Ergebnis seiner Erörterungen in dem Hinweis zusammen, daß jede einzelne Wissenschaft nicht nur für sich selbst arbeitet und dem ihr zugewiesenen Teil der Erkenntnis zustrebt. Für die deutsche Wissenschaft hat die Wahrheit dieses Satzes jetzt, wo sie ihre Arbeit in harter Bedrängnis fortzusetzen hat, besondere Bedeutung. Der internationale Zusammenbruch der wissenschaftlichen Arbeit ist durch den Krieg schwerer gestört und die deutsche Forschung muß derartige Mühen überwinden, um wieder in Reich und Glück mit der Arbeit der anderen Länder zu gelangen. Wenn die Spaltung in einzelwissenschaftliche Fortschritte heute nicht mehr so bedrohlich wirkt, so wird, um so dringender diese neue Spaltung, die als eine Frucht der politischen Länderverhältnisse über uns gekommen ist, Wilhelm Wien geht auf diese Gesichtspunkte in folgenden Ausführungen ein:

Jede Wissenschaft kann von einer anderen neue und unerwartete Hilfsmittel und Aufschlüsse erhalten. Aber so wichtig es ist, daß sich jeder soviel wie möglich über alles zu unterrichten sucht, was von anderen Wissenschaften geleistet wird, so notwendig ist es auch, der Versuchung zu widerstehen, auf dem Gebiete einer anderen selbst forschen zu arbeiten, wenn man sich dieses nicht als eigenes Arbeitsfeld ganz zu eigen gemacht hat.

Die Arbeit in jeder Wissenschaft erfordert besondere Kenntnisse, Beherrschung der eigenartigen Hilfsmittel, die nur durch lange Tätigkeit erworben werden kann. So verschieden aber auch die Aufgaben und Hilfsmittel sind, so haben doch alle Wissenschaften ein Gemeinsames. Es sind die kritischen Geisteskräfte, welche der Theologe anwendet, um die Entstehungswelt einer Schrift des Neuen Testaments festzustellen, mit deren Hilfe der Philologe und Historiker die Zuverlässigkeit der überlieferten Texte prüft und deren sich der Physiker bedient, um die Zuverlässigkeit seiner Beobachtungsmethoden zu untersuchen. Wenn auch der Inhaltswissenschaft der Naturwissenschaften und besonders die Physik beherrscht, während sich die Geisteswissenschaften meist mit dem unvollkommenen Analogieschluß begnügen müssen, so ist doch die objektive Denkweise überall die eigentliche Grundlage. So mächtig ist die Gewalt der noch so oft wissenschaftlichen Methode, daß sich ihr niemand, der für solche Arbeit überhaupt befähigt ist, entziehen kann. Auch der Historiker, der in die Leidenschaften der Tagespolitik gezogen wird, wird, sobald er für die Wissenschaft arbeitet, gezwungen, sich ihren Forderungen unterzuordnen, und der Klang ihrer Sprache wird von jedem wissenschaftlich gerichteten Menschen so gleich erkannt werden.

So sehen wir denn ein zwar reich gesätes, aber doch einseitig gewachsenes Gebilde der Wissenschaft vor uns; das eine Teilung bewirkt, so daß in sich selbst, miteinander kann man

Verbindung stehende Fächer beginnt durch die Einsicht verbindet zu werden, daß die Einzelwissenschaften nur gedeihen können, wenn sie den Zusammenhang mit dem Ganzen nicht verlieren. Und für die Wissenschaft als Ganzes müssen wir einsehen. Dabei müssen wir uns vor allem hüten, den wahren Geist verkümmern zu lassen, der gleichmäßig in allen lebendig sein soll. Gewaltige Hindernisse werden sich entgegenstellen. Hindernisse materieller Natur, welche durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Volkes bedingt sind. Hindernisse ideeller Art, hervorgerufen durch die Verwirrung der Geister in diesen verworrenen Tagen! Manche Bestrebungen in unseren eigenen Reihen haben wir zu bekämpfen, wenn bei den auf praktische Ziele gerichteten Forderungen nur die unmittelbare Nutzenwendung ins Auge gefaßt und vergessen wird, daß die großen äußeren Erfolge nur auf wissenschaftlicher Grundlage gedeihen können.

So tritt mehr als je die Forderung an uns heran, die deutsche Wissenschaft fortzuführen. Wenn sie in den wilden Leidenschaften der letzten Jahre geschwächt, wenn die Zusammenarbeit mit ihr für lange Zeit abgelehnt wurde, so wollen wir darauf mit den Worten erwidern, die Goethe nach dem Kampfe mit Schiller schrieb: Wir wollen indessen unsere positiven Arbeiten fortsetzen und ihnen die Qual der Negation überlassen.

Die Berliner Mundarten. Ein vor einiger Zeit über dieses Thema von uns veröffentlichter Aufsatz (Nr. 219) sagte in einer Fußnote, über das Verhältnis der neuhochdeutschen Schrift- und Umgangssprache seien leider auch in Lehrkreisen noch ganz falsche Vorstellungen verbreitet, und verwies dabei auf ein von Ridel in der Sammlung „Aus Natur- und Geisteswelt“ erschienenes Buch. Herr Ridel nimmt in einer Zuschrift an uns gegen diese Vorurteile Stellung. Sein Buch behandle die Mundarten als solche überhaupt nicht, sondern verweise auf diese nur beiläufig an zwei Stellen, und zwar gerade das vom lautphysiologischen, nicht aber vom philologischen Standpunkte aus: es sei für die Sprachheilkunde, besonders für die Sprachheilpädagogik geschrieben und von Autoritäten anerkannt. Außerdem sei der Titel des Buches nicht richtig angegeben. Wir nehmen gern Gelegenheit mitzuteilen, daß der Titel folgendermaßen lautet: Die menschliche Sprache, ihre Entwicklung beim Kinde, ihre Gebrechen und deren Heilung. Seinen Standpunkt in der Frage Schule, Mundart und Schriftsprache kennzeichnet Ridel kurz folgendermaßen: Die Schule hat die Pflicht, eine ununterbrochene neuhochdeutsche Sprache, und Schriftsprache zu lehren, also die Kinder aus der Umgangssprache in die Schriftsprache hinüberzuführen. Die Schriftsprache ist zwar aus der Mundart hervorgegangen, darf aber nicht mundartlich artifiziert werden, sondern ist nach den phonetischen Gesetzen der Landessprache zu sprechen. Es handelt sich also hier um die strikte Anerkennung jener konventionellen Maßnahmen, wie sie aus den Beratungen wissenschaftlicher Vertreter und den Vertretern des Deutschen Bühnenvereins zur Regelung der deutschen Bühnensprache hervorgegangen sind und die gleichzeitig auch den öffentlichen Wohlstand der Sprache einschließen.

Der Verband der fortschreitenden Künstler Deutschlands ist mit, daß die Zahl seiner Mitglieder sich im letzten Berichtsjahre nahezu verdoppelt hat.

Die Ermordung des Inspektors Blau

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Der Vorsitzende hält dem Zeugen aus den Akten verschiedenes vor. So soll er in Hensburg einem Dritten (Samson) gegenüber gesagt haben: er habe 75 M. erhalten gehabt, um Blau umzubringen, ihm habe das Los getroffen, Blau zu ermorden. Zeuge Dahms weist dies entschieden zurück: er habe Blau nicht umgebracht und wisse auch nicht, wer es getan. — R.A. Dr. Weinberg protestiert gegen diese Vorhaltung aus den Akten, die ein falsches Licht auf den Zeugen werfen könne. — Vorsitzender Landgerichtsrat Joel: Zunächst erlaube ich Sie, den Lou zu beobachten, der vor Gericht möglich und auch nötig ist! Das Recht zur Feststellung aus den Akten lasse ich mir auch von Ihnen nicht nehmen, Herr Verteidiger! — Dahms wird beleidigt.

Zu der Frage des Alibis von Richtigmann werden noch mehrere Zeugen vernommen. Der Schankwirt Obst und dessen Sohn befinden, genau zu wissen, daß Richtigmann am Abend des 2. August bis 11 1/2 Uhr im Lokal gewesen ist. Frau Worm, die Mutter des vorbenannten Zeugen W., wohnt in der Parochialstraße gegenüber der Wohnung von Richtigmann. Sie habe am 2. August abends vor der Tür ihrer Wohnung gesehen und habe gesehen, daß nach 12 Uhr eine Gruppe angebotener junger Leute singend durch die Parochialstraße gekommen sei; darunter habe sie mit voller Bestimmtheit Richtigmann erkannt.

Gefängnisarzt San.-Rat Dr. Lehnsen berichtet sodann über seine Nachforschung bezüglich der Verlegung von Richtigmann und Hoppe in eine andere Zelle: Es handelt sich darum, daß gemeldet worden war, es bestände der Verdacht, daß die Leute von bestimmter Seite befreit werden sollten. Aus diesem Grunde allein habe die Verlegung stattgefunden. Die Zellenwärter, die er befragt habe, haben die aufgestellte Behauptung nicht bestätigt. Der eine habe ausgeführt: auf dem Wege der Freistunde sei von der Anstalt gesprochen worden; da sagte der eine: die Anstalt ist auch ins Wasser gefallen. Dem hat Richtigmann widersprochen: er spreche täglich den Dr. Rosenfeld, und dieser habe gesagt die Anstalt komme doch noch zustande. Die andere Zelle neben Richtigmann sei unbesetzt.

Inzwischen ist ein Telegramm vom Generalinsul aus der Schweiz eingelaufen, in welchem gemeldet wird: Schreiber habe erklärt, er werde nur der Vorladung als Zeuge Folge leisten, wenn ihm vorher 4000 M. für seine Dienste, die er der Polizei in München geleistet habe, gezahlt würden.

Dierz spricht sich Staatsanwalt Dr. Ortman dahin aus: Ich habe bekanntlich erklärt, daß es schließlich doch wohl sich ermöglichen ließe, die 4000 M. zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Verteidiger aber unbegründete Vorwürfe deswegen gegen mich erhoben haben und ich von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß ich auf Schreibers Erscheinen kein Gewicht lege, habe ich nach dem Verhalten der Verteidiger keinen Anlaß mehr, Anstrengungen zu machen, um die Hinterhand des Schreibers zu ermöglichen.

R.A. Dr. Weinberg: Die dummen und unerhörten Erpressungsmanöver des Schreibers, die er Tag für Tag vorgenommen, haben ihn doch als ganz charakterlosen Lumpen gekennzeichnet, dessen Angaben doch gar keinen Wert haben können. Die Geschworenen werden doch wohl auch keinen Zweifel darüber haben, daß Schreiber ein großer Dummkopf ist und auf die in den Akten niedergelegten Aussagen des Schreibers gar kein Wert werden kann. Erst wenn der Staatsanwalt auch seinerseits eine solche Erklärung abgibt, würden wir auf eine persönliche Vernehmung Schreibers Verzicht leisten können. Von der Lokalität des Herrn Staatsanwalts kann man wohl eine solche Erklärung erwarten.

Staatsanwalt Dr. Ortman: An meine Lokalität braucht nicht besonders appelliert zu werden. Mein Bestreben ist nur, die Wahrheit zu ermitteln. Aber ich kann nicht so weit gehen wie der Verteidiger, den Schreiber ohne weiteres als einen Dummkopf zu bezeichnen, selbst wenn man unterstellt, daß er auf die 4000 M. keinen rechtlichen Anspruch hat. Daraufhin kann ihm doch noch kein Vorwurf gemacht werden, denn er soll aus der Schweiz kommen und sich die großen Unannehmlichkeiten aus, auch Gefahren für Leib und Leben. Er muß doch befürchten, daß ihm von kommunistischer Seite ein Leid zugefügt werde. Diese Furcht ist doch auch nicht unbegründet. Deshalb kann ich nicht so leichtfertig sagen: er ist ein Lump!

R.A. Dr. Weinberg: Diese Bemerkung beleuchtet groß die Psychologie, aus der heraus dieser Prozeß entstanden ist. Es ist in keiner Weise dargetan, daß von kommunistischer Seite solche Gewaltakte geplant oder ausgeführt werden. Wir behalten uns unsere Einschließung vor.

Unter den weiter vernommenen Zeugen, die bekunden, daß Richtigmann in der Nacht vom 2. zum 3. August nicht bei der Wache beteiligt gewesen sein kann, befinden sich auch dessen Bruder und Schwester. Ersterer bekundet, daß sein Bruder mit ihm in jener Nacht in einem Bett geschlafen habe. Er gibt zu, an jenem Raubzuge beteiligt gewesen zu sein, wegen dessen sein Bruder verurteilt worden. Der Bruder sei geistig manchmal wie abwesend, der Vater sei in Dalldorf gewesen.

Es folgen noch einige Zeugnisaussagen für Hoppe, die übereinstimmend ausführen, daß Hoppe ein weidmütiger, unter keinen Umständen zu Gewalttaten gewigter Mann sei, der infolge seiner hypnotischen Veranlagung leicht von einem Dritten beeinflussbar sei.

Nach der Mittagspause wurde der vom R.A. Dr. Siegfried Weinberg geladene Zeuge Julius Reher, Mitglied der Kommunistischen Partei, vernommen, welcher u. a. bekundete, daß der Zeuge Othmar Tziffl im Hinblick an die Orlowski-Sache erzählt habe, er habe sehr eine große Sache vor, wenn sie gelinge, so wäre einer der größten Spittel erledigt. Tziffl habe ihm das darauf erzählt, daß sich eine kommunistische Zentralkomitee gebildet und beschloffen habe, ihn, Zeugen, zu erschlagen. Tziffl habe stets präbilitert, die Polizei der Kommunisten zu sein, was ich läppig, er sei mehr für die Gewalt, für die Propaganda der Tat.

Der Zeuge Tziffler Paul Hoppe, Vater des Angeklagten Hoppe, bekundet, daß er selbst schon in seiner Jugend mit den Verben zu tun gehabt und Ohnmachtsanfälle gehabt habe. Sein Vater sei Gemeinheitsirreter gewesen und im Delirium gestorben. Er, Zeuge, halte seinen Sohn für sehr weidmütig und mittelbig.

Es folgt nunmehr die mit Spannung erwartete Vernehmung des vielgenannten Zeugen Tziffl, der bis zu seinem Erscheinen im Gerichtssaal in einem geschlossenen Zimmer untergebracht worden war, um ihn vor etwaigen kommunistischen Terrorakten zu schützen. Der Vorsitzende erklärt die Wohnung an den Zuschauerraum, sich absolut ruhig zu verhalten, anderenfalls er den Raum räumen lassen würde.

Der Zeuge Othmar Tziffl (nicht Tziffl) ist ein bläulicher, schmaler junger Mensch, der mit schlauer Verbeugung vor den Geschworenen den Saal betritt, begleitet von mehreren Beamten in Uniform und Zivil. Der Zeuge bekundet: Ich bin nicht Polizeigangant und habe auch nichts mit der antiholowistischen Bewegung zu tun. Ich war in der österreichischen Armee Infanterie. Nach dem Kriege bin ich nach Berlin gekommen und dann nach der Revolution bei der Reichswehr eingetreten. Dort habe ich wie jeder Soldat meinen Dienst geleistet, mit der Polizei habe ich nichts zu tun. Vorher war ich mit kommunistischen Kreisen in Verbindung gekommen und der Vater Richtigmann und andere haben mir nahegelegt, doch bei der Reichswehr einzutreten und Propaganda für den Kommunismus zu treiben. Ich habe das auch versprochen, ohne doch kommunistisch zu sein, wofür man mich wohl gehalten hat. Ich habe aber keine Propaganda gemacht, auch nicht als Spittel mich betätigt und der Polizei keine Nachrichten aus kommunistischen Kreisen gemacht. Ich habe mit Richtigmann (suggerierten) Verkehr unterhalten und bin auch nach meinem Eintritt in die Reichswehr, wosich Unteroffizier war, häufiger, auch in Uniform, in dem Richtigmannschen Lokal gewesen. Dort habe ich verschiedene Kommunisten kennen gelernt. Ich habe die Leitfäden der Kommunisten aus eigenem kennen lernen wollen, war aber sehr enttäuscht, als ich sah, daß die Bewegung von gewissen Elementen ausgenutzt und zu Verbrechen gezeichnet werden sollte. Darüber bin ich mit dem Richtigmann mehr und mehr auseinandergelommen. Vorl: Ist in den Zusammenhängen bei Richtigmann auch von einer Propaganda der Tat gesprochen worden? Zeuge: Jawohl. Es wurden sogar durch Zirkular Mittelblätter geschickt, die nichts zu verlieren hätten. Vorl: Sie entsinnen sich auf den Raubüberfall, der in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August auf den Diamantenhändler Orlowski verübt worden ist. War der Angeklagte Max

Richtigmann dabei? Der Bruder des H. hat hier erklärt, daß dies nicht der Fall sei, sondern er selbst dabei gewesen sei. Zeuge Tziffl: Nein, nur Max Richtigmann war dabei! Zeuge Hugo Richtigmann tritt vor und erklärt laut: Ich erkläre, daß ich dabei war und nicht Max! Tziffl: Das ist eine bodenlose Lüge! Zeuge Richtigmann: Tziffl war bei jener Tat der Anführer, der den Schlag auf Orlowski ausgeführt und den Schuh auf ihn abgegeben hat. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Zeuge Tziffl weiter: Der Angeklagte Richtigmann habe sich auch zur T-Abteilung (Terror-Abteilung) gemeldet gehabt. Das sei eine ganz heimliche Sache; sie habe den Zweck, Spittel wegzuräumen. Diese T-Gruppe werde wieder aus dem Material der Kampftruppe gebildet; die letztere umfasse nur solche Männer, die mit der Waffe ausgebildet sein müssen oder denen leicht der Waffengebrauch beibringt werden könne. Diese Gruppen seien nicht aus sich heraus gebildet worden, sondern der Leiter sei ein Arbeiterrat im Kaufhäuser Kaufhaus gewesen. Am 2. August sei er abends im Richtigmannschen Lokal gewesen und sei dort bis 2 Uhr noch geblieben. Max Richtigmann sei bis zu dieser Zeit nicht nach Hause gekommen, so daß seine Mutter schon Besorgnisse um ihn äußerte. Am zweiten Tage nach dem trübsinnigen Sonnabend, 2. August, also am Montag, 4. August, sei er im Orlowski Lokal gewesen und dort habe er gehört, wie ein gewisser Tziffl und ein gewisser Schulz sich im Militärort darüber unterhielten, daß am Tage vorher ein Verhängen bei Orlow gefunden habe, bei dem die Schwester Richtigmanns stark angedacht gewesen sei, so daß sie Angst gehabt hätte, sie könnte etwas über Blau ausplappern. Nun habe er, Zeuge, gefragt, was denn eigentlich los sei und wer denn Blau sei? Tziffl habe ihm geantwortet, Blau sei ein Spittel, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag um die Ecke gebracht worden sei. Schulz sagte nach: Richtigmann sei mit der Tat von der Terror-Gruppe beauftragt gewesen, Schulz habe selbst der Terroraktion beigewohnt. Auch die Todezeit sei genau beschrieben worden. Als Täter sei ihm Max Richtigmann genannt worden und der Zeuge Hugo Richtigmann habe ihm dann noch gesagt, daß auch ein gewisser Franz, der Richtigmann gegenüber wohnte, beteiligt gewesen sei. Als dann die Nachricht von dem Auffinden der Leiche durch die Zeitungen bekannt wurde und die Auslösung von 5000 M. für die Ermittlung der Täter an den Säulen erschien, habe er den Max Richtigmann gefragt: „Hörstest du denn nichts? Von der Sache wissen doch schon recht viele, beispielsweise die „Wanderbühne“, und diese können doch durch die Bekanntschaft zum Wachen verleiht werden und Terror üben.“ Richtigmann habe darauf erwidert: „Ich was, Verrat; mir mich verraten will, muß sterben und ich auch. Wenn alle Steide reihen, werde ich mich an den Leiter der T-Gruppe, der als Arbeiterrat im Kaufhaus im Kaufhaus ist.“ Der Zeuge Tziffl hat dann am folgenden Donnerstag durch eine Mittelperson durch einen Brief die Kriminalpolizei verständigt. — Es schließt sich hieran eine große Reihe von Fragen und Antworten, in deren Erledigung Tziffl die oben angeführten Bekundungen des Zeugen Reher befreit. Zeuge: Das ist ja alles Schmalbes! Der Zeuge Reher bleibt entschieden dabei und macht dem Tziffl verschiedene Vorhaltungen, die damit enden: „Otto, sage die Wahrheit, du hast jetzt viel gelogen!“ Zeuge Tziffl hat seinen Aussagen noch hinzugefügt: „Als Max Richtigmann wegen des Ueberfalls verhaftet worden war, habe Frau Richtigmann noch Besorgnisse von dem Morde erklärt: „Wenn sie den Max auch da noch was nachwählen können, dann nehme ich mit das Leben!“ Zeuge Tziffl nicht zu, dem Kriminalkommissar Dr. Riemann gegenüber fälschlich gesagt zu haben, daß er den Richtigmann nicht kenne. Er habe dies getan, weil er den Terror fürchtete. Den vielgenannten Schreiber kenne er nicht.

R.A. Dr. Weinberg richtet noch zahlreiche Fragen an den Zeugen Tziffl: Ob ihm der Oberleutnant v. Weyher Aufträge politischer Natur erteilt habe? Zutritte zur Bekleidung unheimlicher Verhörsstellen, a. B. des Richtigmann, ob er von dem Hauptmann v. Sebebour solche Aufträge erhalten habe, ob er niemals einen Kommunisten habe daranfassen wollen, einen Spittel zu ermorden und ins Wasser zu werfen usw. Zeuge: Das Reue verneint alle diese Fragen und erklärt schließlich: „Das geht mir doch über die Ohren!“ Vorl: Können Sie bekräftigen, daß Max Richtigmann Ihnen zurecht, an dem Morde teilgenommen zu haben? Zeuge: Das kann ich bekräftigen! Richtigmann: Das ist ebenso gelogen, wie die Bekundung, daß er am 2. August den ganzen Tag in meinem Lokal gewesen sei. Das ist von A bis Z gelogen! Zeuge: Das ist wahr! Richtigmann: Es ist gelogen.

Um 5 Uhr wird die Verhandlung auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt.

Segen der Erde.

Roman von Anut Samjua.

Die Sache sollte ihn nichts kosten, gar nichts. Aber sie müsse doch etwas Geld haben, nur eine kleine Summe; sie brauche Geld zur Reise und für den Zahnarzt, außerdem brauche sie ein Mantel und noch verschiedenes andere, aber das müsse ja nicht sein, wenn es ihm unangenehm sei. — „Du hast bis jetzt schon Geld genug bekommen.“ sagte Axel. — „So“, erwiderte sie, „das ist aber jedenfalls nicht mehr da.“ — „Gibt du denn nichts zurückgelegt?“ — „Zurückgelegt? Du kannst ja in meiner Kiste nachsehen. Ich hab' auch in Bergen nichts zurückgelegt, und dort hatte ich doch einen viel größeren Lohn.“ — „Ach hab' kein Geld für dich“, sagte er.

Axel hatte keinen rechten Glauben daran, daß Barbora von dieser Reise zurückkommen werde, und sie hatte seine Geduld mit ihrer Kränklichkeit so über alle Maßen gequält, daß er anfang, ihrer überdrüssig zu werden. Es gelang ihr schließlich auch nicht, eine nennenswerte Summe aus ihm herauszupressen, aber er sah durch die Finger, als sie sich einen ungeheuren Mundvorrat einpackte, ja, er fuhr sie und ihre Kiste selbst hinunter ins Dorf zum Postboot. Nun war es also geschahen.

Er hätte ganz gut wieder allein auf der Anstaltung sein können, er war es von früher her gewöhnt, aber er war jetzt durch seinen Viehstand allzusehr gebunden, und wenn er einmal von Hause abwesend sein mußte, waren die Tiere nicht versorgt. Der Kaufmann hatte ihm geraten sich Dine kommen zu lassen, sie sei doch einmal mehrere Jahre auf Sellantaa gewesen, allerdings sei sie jetzt alt aber noch tüchtig und arbeitam. Ja, Axel hatte nach Dine geschickt, aber sie war nicht gekommen, und er hatte auch nichts von ihr gehört.

Während Axel auf sie wartet, fällt er Holz im Walde drückt seine kleine Kornernte und besorgt seinen Viehstand. Es war einsam und still um ihn. Sie und da kam Sivert von Sellantaa vorbei auf der Fahrt ins Dorf oder vom Dorf zurück; hinunter führte er Brennholz, oder Säute oder Häse, aber zurück kam er fast immer leer, der Hof Sellantaa brauchte nicht viel Waren zu kaufen.

Sie und da stiefelte auch Brede Olsen an Maaneland vorbei und in der letzten Zeit häufiger als sonst — wer

konnte wissen, wo er hier so eifrig, so fleißig zu laufen hatte! Es war, als ob er sich noch in den letzten Wochen an der Telegraphenlinie unentbehrlich machen und den Posten behalten wollte. Seit Barbora abgereist war, kam er nie mehr zu Axel herein, sondern ging nur rasch vorbei, und das war doch vielleicht ein gar zu arger Schaden von ihm, da er immer noch auf Breidablid wohnen blieb und nicht abgezogen war. Eines Tages, als er vorbeigehen wollte, ohne auch nur zu grüßen, hielt ihn Axel auf und fragte, bis wann er den Hof zu räumen gedente. — „Auf welche Weise hast du dich von Barbora getrennt?“ fragte Brede dagegen. Das eine Wort gab das andere: „Du hast sie ohne Mittel fortgeschickt. Es war nahe daran, daß sie nicht einmal bis Bergen gekommen wäre.“

„So, sie ist also in Bergen?“ — „Ja, tatsächlich sei sie hingelommen, schreibt sie, aber dir hat sie nicht dafür zu danken.“ — „Ich werde dich jetzt sofort aus Breidablid hinauswerfen“ sagte Axel. — „So, weil du seither so gutberzig gewesen bist?“ erwiderte der andere spöttlich. „Nach Neujahr werfen wir uns selbst hinaus“, fuhr er fort und ging dann seines Weges.

So, Barbora war nach Bergen gereist, es war also genau so gegangen, wie Axel sich gedacht hatte. Er war nicht betrübt darüber. Betrübte? Weit davon, sie war ein Zankteufel, aber bis jetzt hatte er doch noch nicht alle Hoffnung aufgegeben gehabt, sie würde doch vielleicht wiederkommen. Er wachte beim Fenster nicht, wie es zunging, er hing doch ein bißchen zu fest an dieser Person, an diesem Ungeheuer; zuzeiten konnte sie sehr lieb sein, unansprechlich lieb, und gerade, um sie zu hindern, nach Bergen davanzugehen, war er beim Abschied mit Geld so neigig gewesen. Und nun war sie doch auf und davon gegangen. Von ihren Kleidern hing noch dies und das da, und ein Strohhut mit einem Hügel; darauf lag in Papier gefüllt droben auf dem Bodenraum; aber sie kam nicht ihr Eigentum zu holen. „Ach ja, vielleicht war er doch ein wenig betrübt! Wie Spott und Lohn erschien es ihm, daß er immer noch ihre Zeitung erhielt, und das würde wohl auch vor Neujahr nicht aufhören.“

Aber schließlich hatte er doch an anderes zu denken, er mußte ein Mann sein.

Im Frühjahr mußte er an der Nordwand des Neubaus eine Schwere anfügen, jetzt im Winter mußten die Stämme dazu gefällt und die Bretter gefügt werden. Axel hatte keinen zusammenhängenden Wald mit großen Bäumen,

aber da und dort standen aus keinem Grund und Boden mächtige Föhren, und er suchte sich solche am Wege nach Sellantaa aus, damit sich das Nestschaffen der Stämme nach dem Sägewerk leichter bewerkstelligen ließe.

Eines Morgens fütterte er sein Vieh reichlich, damit es bis zum Abend aushalten kann. Schließlich die Türen hinter sich zu und geht in den Wald; außer Art und Mundvorrat nimmt er noch eine hölzerne Schneeschaufel mit. Das Wetter ist mild, gestern tobte ein schwerer Sturm mit Niedererschlägen, aber heute ist es still. Er geht den ganzen Weg an der Telegraphenlinie entlang, bis er zur Stelle ist; dort zieht er seine Fäde aus und fängt an zu hacken. Jeder Baum, den er fällt, zweigt er sofort ab, samt die Balken zurecht und schichtet Zweige und Scheiter auf Haufen.

Brede Olsen kommt den Weg herauf, dann ist also die Linie wohl durch den gestrigen Sturm in Unordnung geraten. Aber vielleicht lief Brede auch ohne besonderen Grund die Linie ab, er war sehr eifrig im Dienst gewesen, er hatte sich also doch gebessert. Die Männer sprachen nicht miteinander und grüßten sich auch nicht.

Axel merkt wohl, daß das Wetter im Begriff ist, umzuschlagen, der Wind wird immer stärker, aber Axel arbeitet noch eifrig weiter. Die Mittagsstunde ist längst vorbei, aber er hat noch nichts gegessen. Jetzt eben fällt er eine große Hödre, und diese schlägt ihn in ihrem Fall zu Boden. Was ist das zugegangen? Unglück war unterwegs. Eine Niesensfähre schwankt auf ihrer Wurzel, der Mensch bestimmt ihr eine Seite zum Fallen, der Sturm eine andere. Der Mensch verliert. Es wäre noch angegangen, allein der Schnee bedeckte den unebenen Boden, Axel trat fehl, krang auf die Seite und kam mit einem Bein in eine Felsrinne, nun lag er zwischen Felsen eingeklemmt und hatte eine große Föhre über sich.

Jawohl, es hätte trotzdem noch angehen können, allein er lag so ausgeleert verdreht, allerdings, soweit er fühlen konnte, mit ganzen Gliedern, aber schief und ohne eine Möglichkeit, sich unter dem schweren Gewicht hervorzuarbeiten. Nach einer Weile hatte er die eine Hand frei, auf der andern aber liegt er, und er kann die Art nicht erreichen. Er sieht sich um und überlegt, wie jedes gefangene Tier es auch gemacht hätte, sieht sich um und überlegt und arbeitet und müht sich unter dem Baum. Brede muß in einiger Zeit auf dem Rückweg wieder vorbeikommen, denkt er und müht sich ab und atmet schwer. (Fortf. folgt.)

Die Berliner Finanzen.

Erhöhung des Gaspreises.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab es gestern wieder mal eine Auseinandersetzung über das Tagelohn des Vorstehers Dr. Wehl. Die Sitzung begann mit einer Fortsetzung der vor acht Tagen abgebrochenen Debatte über die Gaspreiserhöhung. Genosse Koblenzer wandte sich scharf gegen Dr. Wehl, der in der vorigen Sitzung als leitender Vorsteher gehandelt habe, die Beschlussumfähigkeit herbeizuführen. Die Stadtverordnetenversammlung Berlins habe es bisher nicht erlebt, daß ein Vorsteher einen derartigen Mangel an Objektivität und an Tagelohn bewies. Dr. Wehls Erwiderung ging um die Hauptsache herum: um die Unvereinbarkeit solcher Sabotage mit dem Amt des Vorstehers. Auf Wehls Ausführungen zur Gaspreiserhöhung, die von den Unabhängigen verworfen wurde, antwortete Koblenzer, daß hier die Verantwortung der Nichtbilligenden schwerer als die der Bewilligenden sei. Die neue Gaspreiserhöhung sei leider unvermeidlich. Den bürgerlichen Fraktionen verhoffte die Haltung der Unabhängigen die erwünschte Gelegenheit, sich als Schützer der Finanzen Berlins aufzuspielen. Die Gaspreiserhöhung wurde beschlossen.

Konflikte der Verträge:

Jeuner (H. Soz.) bemängelt die Gasverwaltungsverwaltung und ihr System als zu wenig sparsam und in mancher Hinsicht sogar verschwenderisch. Die H. Soz. lehnen die Vorlage ab.

Stadttrat Koblenzer: Ich danke dem Vorsteher Dr. Wehl dafür, daß er die Gelegenheit herbeigeführt hat, daß ich meine Rede von vor acht Tagen noch einmal halten kann. Er hat es damals ausgezeichnet verstanden.

Wund Reigen seines Hauptes

Seine Parteigenossen aus diesem Saale hinauszulocken, so daß Beschlussumfähigkeit eintrat; als Stadtverordneter muß ich freilich sagen, daß es noch nie einen Vorsteher gab, der in diesem Saale die Objektivität, deren gerade er sich zu befleißigen hat, so sehr verlor. — Redner legt dann eingehend dar, daß für die Übergangszeit ein Preis normiert wird, der annähernd den Herstellungskosten entspricht. Berlin behält hinsichtlich des Preises keineswegs an der Spitze der deutschen Kommunen. Es sei

ein Defizit von 20 Millionen

zu bedenken. Dr. Wehl (H. Soz.) hält für geboten, gegen diese Art der Polemik Front zu machen. Er habe gar nicht nötig gehabt, so zu verfahren, wie ihm vorgehalten wurde. Ein Fraktionsbeschluss der H. Soz. sei dahin gegangen, alles zu tun, um eine so verhängnisvolle Vorlage nicht zustande kommen zu lassen. Von einer Sabotage sei keine Rede. (Wie nennt Herr Wehl das denn? D. Red.) Die Gaswerke händen technisch und kaufmännisch nicht auf der Höhe. Seit vorigen Oktober seien Vorschläge zur Vereinfachung und Verbilligung von den Arbeitervertretern gemacht worden; aber die Direktoren hätten sie samt und sonders abgewiesen.

Liebig (Vg. Vog.) stimmt der Erhöhung zu. Dove (Dem.): Wenn die städtische Gaswerkverwaltung so schlecht ist, so kann das doch wirklich nicht ermutigen, weiter zu sozialisieren. Wenn es nicht anders geht, muß eben gezahlt werden; darum stimmen wir für die Vorlage.

Koblenzer (S. P. D.): Wenn Dr. Wehl von Demagogie spricht, deren ich mich schuldig gemacht haben soll, so brauche ich darauf wohl nicht weiter einzugehen. Nach dem Rezept des Kollegen Wehl kann überhaupt nicht geantwortet werden.

Dr. Seby (Dem.): Die seit Ende Mai eingetretenen neuen Erhöhungen der Löhne und der Kohlenpreise

rechtfertigen an sich die Steigerung des Gaspreises auf 1,35 M. durchaus. Der Hinweis auf das billigere arbeitende Charlottenburg trifft durchaus daneben. Das Automatengas haben wir längst zu billig abgegeben.

Der Kammerer irrt Wehl und seiner Politik, die zur härtesten Belastung der Massen führen müsse, scharf entgegen. Es sei kein Kunststück, die Ausgaben zu bewilligen und die Deutung den Mehrheitssozialisten zu überlassen und höchstens mit persönlichen Angriffen zu operieren. (Große Unruhe und andauernde Jurse bei den H. Soz.) Im Interesse der Finanzen Berlins müsse die Vorlage angenommen werden.

Dr. Kammerer (S.) wird mit seinen Freunden für die Erhöhung stimmen, die

die unverantwortliche Finanzpolitik der H. Soz. nötig gemacht habe.

Seife (H. Soz.) polemisiert gegen Koblenzer. Auch im neuen Groß-Berlin werde sich die H. Soz.-Fraktion ihrer Verantwortung voll bewußt sein. (Bisher waren sie sich derselben noch nie bewußt. Die Red.)

Personlich weist Dr. Wehl die vom Kammerer gegen ihn und seine Partei ausgesprochene Verdächtigung zurück, daß er (Wehl) wider besseres Wissen behauptet habe, er und seine Fraktionsgenossen hätten Verbesserungsvorschläge und Verbilligungsvorschläge gemacht. Der Kammerer habe objektiv die Unwahrheit gesagt.

In der Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der H. Soz. angenommen.

Ein Antrag der Vg. Vog. verlangt vom Magistrat in 7 zum Teil beakzeptierten Fragen Auskunft über die Gründe der

Verzögerung der Rechnungsprüfung seit 1912—1917.

über den Termin, zu dem die Jahresrechnung für 1918 vorgelegt werden wird, und über den voraussichtlichen Fehlbetrag des Jahres 1918.

Den Antrag begründet Pfarrer Koch, dem sofort zu Beginn seiner Rede von der Seite der H. Soz. der Jurist „Demagoge“ entgegenhält. Es entsteht Unruhe, der Redner hält inne; Stadtr. Ulrich meldet sich als Berichter, der den Ruf aufgehört hat, und sagt hinzu: „Ich bleibe dabei.“ Darauf Koch: Nachdem festgestellt, daß Herr Ulrich den Ausdruck gebraucht hat, verziehe ich auf den Ordnungsruf. (Lachen bei den H. Soz.) — Herr Koch verbreitet sich dann über die „Mißwirtschaft“ des Magistrats, über die skandalöse Verschleppung der Prüfung, besonders der Baurechnungen, fragt, wie die

schwappende Schuld von 1 1/2 Milliarden

gedeckt werden soll und ob der Fehlbetrag von 1919 nicht doch höher als 20 Millionen Mark sein wird.

Löffler (Dem.) und der Kammerer Böck stellen fest, daß die Kriegsjahre die Verwaltung der Stadt aufs Schwächste beeinträchtigt und die zeitweise Jurisdiktion der Rechnungsprüfung unvermeidlich gemacht hätten. Mit 1921 werde die Prüfung jedoch beendet sein. Die Kasse sei durchaus in Ordnung gehalten worden; es handle sich nur um formale Schwierigkeiten auch beim Abschluß für 1918. Der Abschluß von 1919 werde demnächst vorliegen. Der Abschluß für 1918 werde einen Fehlbetrag nicht erweisen. Das falsche Anschließen der schwappenden Schuld erkläre sich aus der Beschaffung gewaltiger Massen von Lebensmitteln, wobei die Konjunkturdifferenz zu berücksichtigen sei. Wie groß die Verluste aus der Saluzifferenz sein werden, lasse sich noch nicht übersehen. Seit Dezember 1918 habe das Reich nichts mehr erstattet, und Berlin werde auch nichts mehr erhalten.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtr. Böck (Soz.), der sich durch die Antwort des Kammerers völlig befriedigt erklärt, zieht Koch unter der Beihilfe der Mehrheit den Antrag zurück.

Ein weiterer Antrag von derselben Seite betrifft die durch die Kriegswirtschaftsbetriebe entstandenen Verluste; er gliedert sich in 12 Einzelfragen.

Auch hier liefert Koch die Begründung. Es sehe noch immer die Antwort aus, wieviel Lebensmittel verloren gegangen oder der menschlichen Nahrung entzogen worden, weil sie keine Abnehmer fanden. Es handle sich dabei um Hunderte und aber Hunderte von Tonnagen von Gemüse und Getreide. In allerletzter Zeit soll der Magistrat für nicht weniger als 325 Millionen Bohnen angekauft haben, die nicht abzugeben waren. Den Verlust habe hier ebenso wie beim Dörrgemüse der Steuerzahler zu tragen. Eine solche Wirtschaft würde als Privatbetrieb unmöglich sein. Die Zwangswirtschaft habe Risiko gemacht und müsse abgebaut werden; durch die Verbehaltenung schädige der Magistrat nur die Bevölkerung. Mit Potaten, in denen er seine Schuld auf die Landwirte abzuladen suche, frage er nur noch mehr Erregung in die schon so erregte Einwohnerschaft.

Bürgermeister Dr. Reide: Auf manche der 12 Fragen würde sich erst in 3 Monaten Antwort geben lassen. Die Form der Fragen ist so inquisitorisch, daß die Tendenz nur zu deutlich hervortritt. Es ist fast ein Wunder, daß die Kriegswirtschaft, wobei 4 Milliarden umgekehrt worden sind, mit

nur 12 Millionen Verlust

abblüht. In der Kartoffelwirtschaft war der Verlust 7 Proz., ein ganz normaler Schwund; bei der Obst- und Gemüseversorgung 6,7 Proz. bis 30. April 1920. — Der Magistrat sehr große Vorräte anstufte, ist nicht als Vorwurf anzusehen.

Nach dieser Erklärung zieht Koch auch diesen Antrag zurück. (Abst! und große Heiterkeit bei den H. Soz.)

Im Anschluß an den Antrag Barlow (Soz.) auf

Errichtung einer Stedterberatungskasse

wird beschlossen, daß festgestellt werden soll, ob und wieviel in den

Wororten bereits solche Einrichtungen bestehen, die zur Uebernahme

geeignet sind.

Die Frage des Beitritts der Stadtgemeinde Berlin zu einem

zu gründenden Arbeitgeberverband deutscher Ge-

meinden wird der Gemeinde Groß-Berlin überwiesen. — Die

Erhöhung des Wasserpreises

von 50 auf 70 Pf. pro Kubikmeter von der Standaufnahme im

Juni 1920 ab wird beschlossen.

Die Neuregelung der Gehälter der Lehrpersonen

wird mit einigen Modifikationen, die von den Demokraten, den

Sozialdemokraten und den Unabhängigen Sozialdemokraten im

Interesse der Rektoren beantragt sind, im übrigen nach der Ma-

gistratsvorlage angenommen; ein weitergehender Antrag der

Bürgerlichen Vereinigung bleibt in der Minderheit.

Eine große Anzahl von Vorlagen, Nachtragsvorlagen und un-

gedruckten Vorlagen wird genehmigt. Zuletzt kommt um 10 Uhr

nach eine erst am Nachmittag eingegangene Vorlage zur Verhand-

lung, die die

Mietung von 6000 Quadratmeter Büroräumen

im Ganse Klosterr. 89-95 betrifft und circa 2 Millionen Mark

erfordert. Die Vorlage ermöglicht die Schaffung hgm. Wieder-

beschaffung von etwa 75 Wohnungen im Zentrum und wird

um dieses sozialen Zweckes willen angenommen.

Am Rittze Juli muß in den Ferien noch eine Sitzung statt-

finden, in der die Frage des allgemeinen Verhältnis der Löhne

zsh. der Arbeiter und Beamten zueinander beraten werden soll.

Die konstituierende Stadtverordnetenversammlung wird nicht,

wie wir gestern mitteilten, am 6., sondern frühestens am

8. d. Mtz. zusammentreten.

ausgerufen. Viele Tausende waren am Donnerstagnachmittag

ihrem Ruf gefolgt. Während der Fiskus Busch bis unter

den Gürtel war, fanden gleichzeitig noch Versammlungen im

Lützowpark statt, wo verschiedene Redner ebenfalls vor Tau-

senden sprachen.

Im Fiskus hatte Reichstagsabgeordneter Silberstein mit

dem Reichert übernommen. Er führte aus: Eine der großen Ge-

fahren, die gegenwärtig das deutsche Volk bedrohen, sind Woh-

nung und Wohnung. Besonders stark hat die arbeitende

Bevölkerung zu leiden. Der Bau von Neuwohnungen ist völlig

unterblieben und die vorhandenen sind immer schlech-

ter geworden. Dazu kommt der ungeheure Zugang aus den

besetzten Landesteilen. In Berlin allein haben sich 16 000 Fa-

milien gemeldet, 50 000 bis 60 000 Familien in Berlin wohnen

zurzeit in Notwohnungen oder bei Verwandten. Was will

es demgegenüber besagen, daß der Staat 1919 in Berlin die Ver-

Bei den weiteren Ausführungen des Redners entstand ein offener gegen die Person des sozialdemokratischen Redners gerichteter unabhingiger Stand, der ganz besonders im Hinblick auf den Zweck der Versammlung tief bedauerlich war. Der Lärm überlante jedes Wort und der Redner mußte abbrechen.

Zwei eingelaufene Resolutionen, die folgende Grundforderungen

enthalten, wurden angenommen:

Rückfällige Erfassung des verfügbaren Wohn-

raums unter Mitwirkung wohnungsloser Mieter.

Einstellung einer weiteren Milliarde Mark

in den neuen Etat des Reichs zur Gewährung weiterer Baukosten-

vorläufe und zur beschleunigten Förderung des Kleinwohnungsbaues.

— Steigerung der Baukosten durch

ausreichende Belieferung der Bauhoffbetriebe mit Kohlen. — Verbot

des Abbruchs von Bauhoffbetriebe (Ausschlüssen usw.).

Ausbau des Beschlagsmacherechts an Baustoffen aller

Art. — Sozialisierung der Zement- und Zement-

industrie und weitestgehende Unterstützung der von der deut-

schcn Bauarbeiterchaft eingeleiteten Sozialisierung der

Baubetriebe. — Beseitigung des Privatkapitalisti-

schen Wohnungswunders. Unterstützung gemeinnütziger

Siedlungsgesellschaften. Ueberführung des Besitzrechts am Boden

in die öffentliche Hand; Bekämpfung des Bodens mit der Grund-

pflicht intensifsten Anbaues zur Hebung der Lebensmittel-

erzeugung.

Die Versammlungsteilnehmer zogen vielfach in zahllosen

Jügen in ihre Bezirke zurück.

Massenkundgebung der Angestellten.

Die Volksversammlung aller Angestellten der Reichs-

und Staatsbetriebe hat kürzlich zwecks Verbesserung des

Zeitarbeitervertrages beschlossen, in Zusammenarbeit mit den be-

teiligten wirtschaftlichen Organisationen den Zusammen-

schluß der Angestelltenräte herbeizuführen. In Verfolg

dieses Beschlusses fand am gestrigen Nachmittag eine Protest-

kundgebung im Lustgarten statt, die zahlreich besucht

war. Die Angestellten marschierten in geschlossenen Jügen auf und

führten zahlreiche Plakate mit sich, die sich gegen die Richt-

linien zum Reichsstatutvertrag, gegen den zehn-

prozentigen Steuerabzug und gegen gewisse höhere

Beamte richteten.

Es sprachen Mühlentamp vom Bund der technischen An-

gestellten und Kabel und Kammer vom Zentralverband der

Angestellten. Dazwischen verfuhrten auch „milde“ Redner zu Worten

zu kommen.

Die Versammelten beauftragen ihre Vertreter, mit allen zu

Gebote stehenden Mitteln dafür zu wirken, daß

1. die Einreichung in die einzelnen Gehaltsgruppen unver-

züglich unter Ausschaltung der einseitig erlassenen vertragswidrigen

rigorosen Ausführungsbestimmungen erfolgt;

2. für jeden, auch den jüngsten Angestellten trotz aller Abzüge

ein Einkommen verbleibt, das ihm ein menschenwürdiges

Dasein ermöglicht;

3. der im April in Erwartung einer entsprechenden Gehalts-

erhöhung gezahlte Notlohn niedriger als der gezahlte wird, weil

die Tarifgebälter die Mitzahlung ohne Gefährdung der

Ergienis nicht ermöglichen bezug, denjenigen Angestellten, die

den Vorstoß trotz der mehrfachen Regierungserklärungen über-

haupt nicht erhalten haben, eine Summe in gleicher Höhe nach-

gezahlt wird;

4. den Angestellten, um dem augenblicklichen Notstand zu

steuern, sofort eine besondere Entschuldungssumme

gezahlt wird;

5. für die zur Verhandlung stehenden Sozialleistungen, welche

in der im Regierungsentwurf vorgesehenen Form als ent-

würdigend und völlig unzulässig abzulehnen

sind, der Entwurf der Arbeitnehmer ausschließliche Ver-

handlungsgrundlage bildet.

Eine dahingehende, einmütig angenommene Entschließung

wurde an die Adresse der Gewerkschaften mit dem Auftrage

gerichtet, den Wortlaut zu geeigneter Zeit den Unterhändlern der

Regierung zu übergeben.

Von einem Demonstrationszuge wurde Abstand genommen. Die

Versammlung ging in voller Ruhe auseinander.

Ein fingierter Raubüberfall.

Für eine halbe Million Lebensmittelkarten sollten

kürzlich aus den Räumen der 82. Kommission am Köpenicker Meer

geraubt worden sein. Der Hilfsbeamte Walter Böttcher wurde

in einem Zimmer der Kommission geraume Zeit nach Schluß der

Bureaustunden bestimmungslos am dem Fußboden liegend aufge-

gefunden und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. So

er schien es zunächst ganz glaubhaft, als er bei der Vernehmung

angab, daß er überfallen, gefesselt und geknebelt

worden sei und daß die Räuber den ganzen Resten Lebensmittels-

arten erbeutet hätten. Die Beamten der Kriminalpolizei schöp-

fen aber bald Verdacht. Die Vermutung, daß der Überfall er-

dichtet sei, hat sich sehr bestätigt. Gestern wurde in der

Frankfurter Allee 75 ein Chauffeur festgenommen, als er Lebens-

mittelkarten, die zu den angeführten gehörten, verkaufen

wollte. Ueber die Herkunft dieser Karten zur Rede gestellt, gab

er an, daß er sie von einer Frau Lindemann erhalten habe.

Dier Beamten stellen nun fest, daß Lindemann und Böttcher zu-

sammen den Plan folgten, der Kommission eine große Menge

Lebensmittelkarten zu entwenden und zu Geld zu machen. Um

diesen Diebstahl zu verdecken, wurde der „Raubüberfall“ in Szene

gesetzt. Unter der List des Beweismaterials legten sie nach an-

fänglichem Leugnen ein Geständnis ab.

Das Gehalt der Magistratsmitglieder, der Direktoren der

Gas- und Elektrizitätswerke ist nun geregelt worden.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung

beigetreten. Danach erhalten nunmehr diese genannten Beamten

neben einer Teuerungszulage von 2000 M. eine weitere von 50 Proz.

so daß der Oberbürgermeister jetzt 77 000 M. bezieht, der

Bürgermeister 39 500 M., die Stadtbauräte 20 000 M.,

die Stadtschulräte 24 500 M., die Stadträte 17 000 M.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zum

Reichssteuerlohn fordert das Landesfinanzamt Groß-Berlin Abt. I. im In-

teratenteil dieser Nummer auf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 2. Juli:

18. Mtz. 218, 219, 220, 224, 225 und 227. Beginn 8 Uhr Zusam-

menkunft bei Dele, Remler Str. 63.

Angesellschaftliche Vereinigung. Die letzte Grundkonferenz wählte

den Genossen Kurt Wegner zum Geschäftsführer. Sämtliche Zusätzlichen

sind von jetzt ab an die neue Geschäftsstelle zu richten: Kurt Wegner, Berlin

N. O., Güterstr. 8. — Ortsgruppe Lichterfeld. 8 Uhr im

Jugendheim, Adrehtstr. 14a, Unterholzungsbau.

31. Mtz. Familienausflug Sonntag nach Repernik („Volkermold“).

Treffpunkt pünktlich 8 Uhr Promenade Bismarck Straße, Schönhauener Allee.

Nachbarabteilungen willkommen. Teilnehmerliste bei Waldschmidt, Stolpe-

Str. 36; für die 22. Mtz. bei Vogel, Köpenicker Str. 14. Einzelnach-

richten bis Freitag. Anzahl der Kinder angeben.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/8 Uhr:

Königswehnhäuser. Jugendheim, Gemeindefchule Kirchplatz; Mit-

gliederversammlung. — Wobbit. Jugendheim, Balbener Str. 20. Schule;

Mitgliederversammlung. — Reudän-Gd. Jugendheim, Rogastr. 52.

Groß-Berlin

Aufruf zur Pflicht!

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns ge-

sprochen:

Am 11. Juli entscheidet sich in der Volksabstimmung das Schick-

sal Deutschlands und großer Teile West- und Ost-

europas. Alle diese Gebiete sind nach der Geschichte und nach

der Art der großen Mehrzahl der Bewohner deutsch. Sie bei

Deutschland zu erhalten und nicht an Polen auszuliefern, ist ein

Ziel, das im Interesse des ganzen deutschen Volkes wie

der Abstammungsgebiete selbst mit größtem Eifer verfolgt werden

muß. Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands

erwartet von allen ihren abstammungsberechtigten Mit-

gliedern, daß sie am 11. Juli zur Abstimmung zur Stelle sind, um

ihre Stimme für Deutschland in die Waagschale zu werfen.

Wie in Flensburg, so muß im Osten der Abstimmungstag zu

einem überwältigenden Bekenntnis des Zugehörig-

keitsgefühls zu Deutschland werden.

Gegen das Wohnungselend.

Zum Kampf gegen das Wohnungselend und die drohende Ar-

beitslosigkeit im Baugewerbe hatten die baugewerblichen Ar-

beiterorganisationen, der Bund technischer An-

gestellten und Beamten, der Mieterverband Groß-

Berlin und eine Reihe am Wohnungswesen interessierter Vereine

Vortrag: Sternkunde. — Niederhöfenhausen. Jugendsheim, 1. Gemeindefeld, Blumenburger Str. 69/70: Leisabend. — Nordost. Sitzung, neues Lokal: Aula der Oberrealschule, Fußmühlstr. 44/45: Bibliotheksversammlung. — **Chen Peierburger Verein.** Strahmannstr. 6: Mitglieder-Versammlung. — **Vankov.** Anabenmittelschule, Wolfenbüttel 131: Mitglieder-Versammlung. — **Petershagen.** Lokal Volksh. Hennendorfer Straße: Mitglieder-Versammlung. — **Zuden.** Jugendklubzimmer, Wilmstr. 10: Mitglieder-Versammlung. — **Tropium-Baumfächer-Verein.** Wilmstr. 3: Mitglieder-Versammlung. — **Welshenice.** Westpromenade 1: Leisabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegesoldaten. Bezirk Eden. Heute 7 Uhr, in der Eduarda Wilmstr. 10: außerordentliche Versammlung. — **Crüdgrube Nord-Oh der Heimkehrer Oberförster.** Heute Sommerfest in den Räumen der Französischen Bäckerei, Prenzlauer Allee 242/247. — **Republikanischer Führerbund (Crüdgrube Nord-Oh).** Montag 7 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wolf, Kirchhofstraße, Ecke Wippenstraße.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Donnerstag, 1. Juli. Riefen-Jagdrennen. 22.000 M. 4000 m. 1. Eiders Glorie (Wismar), 17. Aufstana (Lewitz), 3. Alrich (Halle). Tot.: Sieg 8:10, 18:10, Platz 10, 11, 11. Riefen liefen: Der Sogentanne (4), Riecht Apprecht, Feldherr Rene (6), Draig (5). — **Eichlampe-Jagdrennen.** 22.000 M. 3500 m. 1. Oceana (Schuldt), 2. Dphelia (Maffalotti), 3. Biergebirge (Lorras). Tot.: Sieg 67:10.

Wilhelm Trieb
 Rationierung Nr. 11, am Mittwoch, den 27. Juni, nach langem, schwerem Krankenlager verstorben ist.
 Ein Leben voll Mühe und Arbeit hat ausgelebt. Um dieses Reich mich gebeten.
 Witwe Trieb, Wilmstr. 11, Berlin.
 Tochter Trieb, geb. Trieb, Wilmstr. 11, Berlin.
 Tochter Trieb, geb. Trieb, Wilmstr. 11, Berlin.
 Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 3. Juli, mittags 1 Uhr, im Krematorium, Baumfächerweg, statt.

Wilmstr. 11, Berlin
Dr. med. Grätering
 Haut-, Harn-, Unterleibskrankheiten, Invalidenstr. 23, Ecke Chausseestr. 11-1 u. 49/50, Sonntag 12-1

Rouge Haarfarbe
 seit 23 Jahren anerkannt beste Haarfarbe
 ist echt, natürlich blond, braun, schwarz, etc.
J.F. Schwarze Söhne
 Berlin, Markgrafen Str. 25.
 Allein-Importeure

Bilanz 1919.

Kassabestand	9.679,86
Bargeld	56.815,85
Forderungen an Wertpapieren	7.035,50
Grundbuchs-Rente	1.339.101,40
Forderungen	40.328,75
Bilanz-Rente I.	50.882,-
Bilanz-Rente II.	1.094,82
Inventory ufm.	1.717,50
Zusammen	1.477.499,68
Passiva	
Akquisekosten	1.185.250,-
Bilanz-Kreditoren	67.729,35
Bilanz-Rente I.	15.424,82
Bilanz-Rente II.	24.900,-
Bilanz-Rente III.	71.74,29
Bilanz-Rente IV.	191.206,79
Zusammen	1.477.499,68

Das Buch des Lebens
 von David
 Das Buch soll dem brüderlichen Helfer die Bahn weisen. Nach mancher alten Bräutigam findet in dem Buch wertvolle Anregungen.
 Zu beziehen geg. Einlagen 5, 10, 20, 40 M. für Vork. (Geldförmig Berlin 1247) durch die Soc.-Verlags-Vertriebs, Berlin SW. 68, Hindenburgstr. 2.

80 Personen
 aus allen Berufen und Ständen sollen mit dem Aufbau einer **Siedlung**
 in Pommern beschäftigt werden. Jeder Teilnehmer erhält eine Siedlung mit circa 5 Morgen gutem Gartenland.
 Baupläne sind in genügender Menge zu außerordentlich billigen Preisen vorhanden. Es werden nur Bewerber berücksichtigt, die sich mit Angabe ihres Berufs und der verfügbaren Einzahlung melden unter B. N. M. 2518 an Althausenstein & Vogler, Berlin W. 35.

!!! Geld !!!
 für jede Verleumdung, höchste Entschädigung für Plaudereien, Verleumdungen, Beleidigungen, Spottreden, Schimpfen, etc. etc. Friedrichstr. 41 III, G. Schmidt.

Kupfer 7,50
 Schützendorferstr. 2.
Elektromotore
 Gleichstrom :: Drehstrom
 Ingenieur-Bureau Schlichting
 Berlin W. 5, Linkstr. 16, Tel. Lützow 3795 und 8518.

Preuss. Staats-Klassenlotterie
 214.000 Gewinne und 2 Prämien in 6 Klassen mit rund **97 Millionen** Mark
 Möglicher Höchstgewinn **1 Million** Mark
 Ziehung der 1. Klasse: 13. und 14. Juli
 Haupt-Gewinn **100.000** Mark
 Lose: 7.30 14.60 29.20 58.40 M.
 (Postgebühren u. Liste 60 Pf. besonders) Erhältlich bei den Preuss. Lotterien-Einnahmern Groß-Berlins

Giftfreie naturgemäße Behandlung
 von Haut-, Harn- und Unterleibskrankheiten, ohne Berufstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch **Spezialarzt Dr. med. Dammann**, Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B, Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

DEUTSCHE BANK.

Besitz.	Abschluss am 31. Dezember 1919.	Verbindlichkeiten.	
Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken	740.722.700,95	Grundvermögen	275.000.000
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	1.180.483.818,62	Rücklagen	
Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	9.785.546.002,46	gesetzlich vorgeschriebene	173.388.031,30
Verzinsliche deutsche Schatzanweisungen	116.718.925,53	freie	56.611.968,70
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere	278.889.519,88	Gläubiger in laufender Rechnung	305.000.000
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	214.958.618,69	Verpflichtungen für eigene Rechnung (darunter M. 2.462.799,38 noch nicht ablösbare Hypotheken auf unseren Grundbesitz)	3.015.022,56
(davon am Abschlussstage durch Warenverschiffung-Papiere usw. gedeckt 172 Millionen)		seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	62.185.784,30
Eigene Wertpapiere	18.000.407,95	Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	571.005.426,64
Gesamtbestand M. 59.006.790,44	12.295.949.403,78	Einlage auf gebührenfreier Rechnung innerhalb 7 Tagen fällig	M. 5.563.557.412,52
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	12.431.094,87	darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	1.595.820.308,18
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	24.753.877,38	nach 3 Monaten fällig	718.495.816,95
sonstige börsengängige Wertpapiere nicht notierte Wertpapiere	8.910.510,24	sonst. Gläubiger innerhalb 7 Tagen fällig	M. 4.596.640.793,05
Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen	41.096.382,49	darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	65.027.970,09
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Firmen	23.828.306,40	nach 3 Monaten fällig	645.864.071,05
Schuldner in laufender Rechnung gedeckte	1.570.803.530,74	Akzepte (außerdem: geleistete Bürgschaften 1452 Millionen)	5.807.582.834,19
ungedeckte	549.754.283,60	Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten	1.217.178.579,50
(außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 1452 Millionen)		Sonstige Verbindlichkeiten	2.762.000,-
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verbindlichkeiten	1.217.178.579,50	Unerhobene Dividende Dr. Georg von Siemens-Fond für die Beamten	9.329.116,77
Bankguthabe	40.000.000,-	Rückstellung für Zinsbogensteuer Uebertagsposten der eigenen Stellen unter einander	3.150.000,-
Sonstiger Grundbesitz	1,-	Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss	29.901.735,31
Verschiedenes	1,-		45.142.918,08
			64.464.821,76
	Mark 15.791.869.784,99		Mark 15.791.869.784,99

Ausgaben.

Gehälter an Vorstand und Beamte, Bezüge der Filialdirektoren, Teuerungszuschüsse und Weihnachts-Zuwendung an die Beamten sowie allgemeine Unkosten	108.370.748,83
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten (Klub, Kantine, Erholungsheim u. dergl.) und Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein	6.424.329,24
Steuern und Abgaben	24.509.847,20
Zinsbogensteuer	550.000,-
Gewinnbeteiligung des Vorstands, der Stellvertreter und anderer Tantiemberechtigter in Berlin (62 Personen)	2.642.195,22
Abschreibungen auf Einrichtung	4.857.280,91
" " Bankgebäude	8.842.438,62
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss Gewinn aus 1919	62.527.128,76
Vortrag aus 1918	1.987.093,-
Mark	215.461.861,80

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Vortrag aus 1918	1.987.093,-
Gewinn auf Zinsen und Wechsel	141.390.652,72
" " Sorten, Zinsscheine usw.	6.293.092,37
" " Wertpapiere	5.280.817,67
" " Gebühren	57.390.957,68
" " Dauernde Beteiligungen	3.168.648,31
Mark	215.461.861,80

Armeepistolen 08
 Parabellum
 Mauser 9 Millimeter
 neu und sehr höchste Preise
 W. Dietke, Rembrandtstr. 36

Wer Möbel
 benötigt, muß unbedingt vorher meine Lager und Preise ansehen haben.
Möbel-Ausstellung in 4 Etagen
 Große Gelegenheitskäufe weit unter Preis in Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Wohnsalons, Wohnzimmer, Küchen, Dielen usw. Gobelin-Sofas und Sessel Auch einfache Einrichtungen!
 Auf Wunsch Kaffee- und Tee-Einrichtung.
A. DAMIT
 MÖBEL-WAUS
 Rosenthaler Str. 46-47

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
 bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor, und es werden überall **geschulte Kräfte gesucht** sein. Angehörige technischer Berufe und Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein muß. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Karch-Hackfeld“. Ausführliche 80 Seiten starke Broschüre kostenlos.
Bonnef & Hackfeld, Potsdam, Postfach 167.

Alte Wein-Stuben
J.F. Rauch
 Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
 neb. Gold-Busse, Dr. Frankfurter Str. 112 neben Jandori, Invalidenstr. 166, Egnos N 4, Bergstr. 34, Tel. Nord 8214.
 Bittige Bowlenweine Eierlikör „Advokat“
Derby-Cognac

Enthaarung!
 Gesichtshaare u. alle harte Körperhaare vernichtet sofort durch Absterben d. Wurzel allmählich und für immer. Garant. unschädlich! M. 5,- u. M. 7,50, verstärkt nur 12,50. Otto Reichel, Berlin 41, Eisenbahnstr. 4.

Reichstag und Regierungsprogramm.

1. Sitzung, Donnerstag, den 1. Juli.

Am Regierungstisch: Dr. Heine, Koch, Birtz.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Reichstag wird abgelehnt, da der Haushaltsausgleich seine Beratungen noch nicht beendet hat.

Anträge sämtlicher Parteien auf Einsetzung eines Ausschusses von 25 Mitgliedern zur Befreiung von Gütern bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn werden ohne Aussprache angenommen.

Der Ausschuss soll sofort nach Schluß der Sitzung zusammentreten.

Das deutsch-französische Abkommen über elfährige langfristige Rechtsangelegenheiten wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Darauf wird die Aussprache über die Erklärung der Regierung fortgesetzt:

Abg. Hermann Müller-Franken (Soz.):

Auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft muß unter allen Umständen die heimische Landwirtschaft gefördert werden. Aber ich muß mich gegen die Behauptung des Dr. Heine wenden, daß die Regierung zu spät im Ausland gekauft hätte und deshalb allzu hohe Preise hätte zahlen müssen. Ich stelle demgegenüber fest, daß wir schon im Dezember vorigen Jahres große Einkäufe im Ausland machen mußten, weil

die heimische Landwirtschaft nicht genug lieferte

und die Arbeiterschaft unbedingt eine bessere Ernährung erhalten mußte. Ich bin gewiß mit Herrn Schiffer darin einig, daß an dieser Stelle parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst eingeschränkt werden sollen. Ganz besonders hoffe ich, daß auch die Unabhängigen dies tun werden, denn dadurch wird keinem deutschen Arbeiter auch nur der geringste Vorteil erwachsen. (Sehr richtig!) Trotzdem muß ich mich gegen den Abg. Ledebour wenden, der gemeint hat, wir seien in den Wahlen nach allen Regeln der Kunst zusammengehauen worden. Es war selbstverständlich, daß die große Verantwortung, die wir durch die Lebensnahme der Regierung auf uns geladen hatten, einen Rückschlag auf die Wähler ausmachen mußte. Wenn die Unabhängigen einmal noch ihren Prinzipien 1 1/2 Jahre regiert haben, dann werden sie das selbe erleben. (Sehr richtig! Widerspruch bei den U. Soz.) Viele Wähler sollten die Wahl immer noch für eine passende Gelegenheit, um sich an der Regierung zu rächen und haben noch nicht begriffen, daß

die Macht heute beim Volke

liegt. Ich habe erst neulich mit einem französischen Sozialisten darüber gesprochen, daß es kein Land gibt, in dem die Mehrheitsparteien so gut dastehen wie in Deutschland. (Lachen bei den Unabhängigen.) Auch die letzten Wahlen in Mecklenburg und Thüringen beweisen das. Aber auch der Abg. Bergt täuscht sich, wenn er meint, daß die Wähler sich rückwärts orientieren würden in die Gegend seiner, der Deutschnationalen Partei hin. Gerade er müßte wissen, daß die große Masse der Landarbeiter und Kleinbauern, die vor der Revolution sein Verhängnis zu einem erheblichen Teil bildeten, endgültig für ihn verloren sind. Der Abg. Bergt hat sich schon einmal als recht schlechter Prophet bewiesen. (Beifall bei uns.)

Brief an Crispian

Sollte begreifen, die Möglichkeit zu flären, eine starke sozialistische Regierung herzustellen mit dem Zweck, die Republik zu erhalten, die Ertragsleistungen der Revolution auszubauen und eine pazifistische Außenpolitik zu betreiben. Und schon die gewünschte Aussprache über eine solche Möglichkeit ist abgelehnt worden. (Hört! hört!) — Unruhe h. d. U. Soz. Wenn Sie (zu den U. Soz.) so verfahren, dann haben Sie nicht das Recht, gegen uns irgendwelche Anklagen zu erheben, Sie hätten die Pflicht gehabt, Ihre Energie mit der unseren zu vereinen. (Sehr richtig!) Ich habe die Überzeugung, daß die deutsche Arbeiterschaft diese Politik der Entfaltung nicht verstehen wird, denn die deutschen Arbeiter verlangen, und können es mit Recht, daß die Kräftequellen, die sie ihnen zur Verfügung gestellt haben, auch voll ausgenutzt werden. (Andauernde Unruhe h. d. U. Soz.) Es sollte ja angeblich nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes nicht erlaubt sein, daß Sozialisten mit bürgerlichen zusammen regieren. Ich weiß nicht, wer das ausgedacht hat, aber ich weiß, daß es von den hervorragendsten Unabhängigen, Kaufmann, das Gegenteil gesagt hat und daß die österreichischen Genossen das Gegenteil seit Monaten tun. (Andauernde Unruhe h. d. U. Soz.) Wenn Ledebour weiter behauptet, wir hätten nicht mehr die reine sozialistische Lehre, so möge er doch sich zuerst mit den Leuten noch weiter links von ihm auseinandersetzen, besonders

mit den Moskauer Heiligen,

bei denen die Unabhängigen als Kleinbürgerlich und reaktionär gelten. (Beifall bei der Mehrheit, lebhafter Unruhe h. d. U. Soz.) Meine Partei unterscheidet sich von den Unabhängigen dadurch, daß sie es ablehnt, die Spuren der russischen Sozialisten zu betreten, die, wie wir die Genossen Snowden vor einigen Tagen erst wieder bestätigte, nichts weniger als nachahmenswert sind. Eine Staatsform kann man durch ein Dekret mit einem Schloß ändern, aber die Wirtschaft ist ein eigenes Organismus, der nicht durch einen Erlass geändert werden kann, sondern der seine eigenen Entwicklungsgesetze hat. (Lebhafter Beifall. — Zurufe der U. Soz.) Und nach der November-Revolution war es unsere erste Pflicht, die deutsche Wirtschaft wieder hochzubringen, was durch die ständigen Pausen unmöglich gemacht zu werden drohte. Aus diesen Erwägungen und Anlässen heraus entstand die Reichswehr, wobei auch wir bedauern, daß ihre Einstellung hauptsächlich gegen Wünsche von links gerichtet war. (Zuruf Ledebour: Durch Ihre Schuld!) Während des Wahlkampfes ist immer behauptet worden, daß wir Zielenjäger und Alibier seien, dagegen gab es keinen besseren Gegenbeweis als durch die Tat. Nachdem eine Mehrheit durch den Willen der Wähler für die alte Koalition nicht mehr gegeben war, kam für uns nach der unabhängigen Ablehnung eine Erweiterung der Koalition nach rechts nicht in Frage. Ich spreche nicht von dem Kampfmethode der Deutschen Volkspartei vor und während der Wahl, aber aus rein sachlichen Gründen war ein solches Zusammengehen unmöglich, ganz besonders wegen der auspartisanen Politik, über die wir uns nie mit der Deutschen Volkspartei einigen werden. Wir sind davon überzeugt, daß wir nicht nur deutsche, sondern

europäische, kosmopolitische Politik

treiben müssen, während die Deutsche Volkspartei von ihrer nationalistischen niemals abgehen wird. (Zurufe.) Die Heringschätzung, mit der der Abgeordnete Schiffer gestern von der Internationale sprach, ist recht unangebracht, denn eine Revision des Versailles Friedens wird in den Untertanenländern nur von den sozialistischen Parteien gefordert, nur im Verein mit ihnen also können wir dazu kommen. (Sehr richtig! links.) Auch ist die Deutsche Volkspartei heute noch eine monarchistische Partei. Und wenn wir auch — solange die Mandatverletzungen Wilhelms II. noch im Volk lebendig sind — keinelei Angst vor der monarchistischen Propaganda haben, so ist es uns doch unmöglich, mit einer solchen Partei zusammenzugehen. Auf keinen Fall also kann der Vorwurf gelten, daß meine Partei die Verantwortung gescheitert hat. Das haben wir in den sechs Jahren heftig genug bemerkt, sowie auch ein gewisses Maß, daß wir das Vaterland fast über die Partei stellen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Als der Regierung mit wesentlich von der sozialistischen

Deutschen Volkspartei mit ihren „Reichsministern“ ist es nun zu bemerken, daß sie es besser kann, daß sie dem Rotenunlauf hemmen kann, die Verantwortung jenseit und alles, wie in so schönen Ausdrücken verpackt, besser machen kann als die alte Koalition und wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abg. Helfferich: Es war ja früher auch besser!) Ich stelle fest, daß auch wir uns — und zwar sowohl mein Vorgänger Bauer wie ich — stets bemüht haben, hervorragende Kapazitäten des deutschen Wirtschaftslebens zum Eintritt in die Regierung zu gewinnen. A. B. neben anderen den Geheimrat Biedfeld, Geheimrat Frisch von der Dresdner Bank, Herrn Cuno und viele andere. Und wenn sie abgelehnt haben, so tragen davon sicherlich nicht finanzielle Bedenken Schuld, sondern die Einsicht, daß es unter den heutigen Umständen kein Vergnügen ist, Minister zu sein und sich von den reaktionären Blättern täglich durch den Kasas ziehen zu lassen. (Sehr richtig!) Von dieser Stelle aus möchte ich noch darauf hinweisen, daß an diesem Wahlausfall niemand mehr Schuld trägt als die Entente, als

die Politik der Hochs und Klementaus.

(Sehr richtig!) Kein einziges Entgegenkommen gegenüber der jungen Republik — das mußten nationalpolitische Strömungen auszuüben und gefördert werden. In Spa müssen wir, da bin ich ganz der Meinung des Abgeordneten Schiffer, nichts übernehmen, was wir nicht ausführen können. Rosenfeld aber ist es, alle Kraftmeierei zu vermeiden, denn Deutschland kann und darf nur mehr eine pazifistische Außenpolitik treiben. Wenn wir Sozialdemokraten das Steuer des Reichsschiffes aus der Hand gelegt haben, so sind wir trotzdem auf diesem Schiff geblieben und sind bereit, in jeder Not in aller Verantwortungsbedingtheit wieder für das Vaterland und das deutsche Volk einzutreten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Birtz:

Gegenüber dem Abg. Dr. Helfferich frage ich jetzt, daß die Anfänge der jetzigen Finanzkrise schon bis in die ersten Zeiten des Krieges zurückzuführen sind.

Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die geradezu bedrückende Zunahme der schwebenden Schuld; denn einerseits fehlen im Reich größere Steuerquellen, ferner die Grundlagen für die Aufnahme von festen Anleihen, andererseits waren die Nischenausgaben infolge des Krieges zu bewältigen. Seine Liquidation kostete Monat für Monat Milliarden und wird auch weiterhin noch große Summen verschlingen. Die Ausgaben für einen unendlich harten Frieden, die gewaltigen Summen für die Verbilligung der Lebensmittel und andere volkswirtschaftliche und soziale Zwecke. Dazu kommt der unheimlich steigende Zusammenbruch unserer Währung. Der Haushalt des Jahres 1919, die geradezu fabelhafte Summe von

rund 7 1/2 Milliarden,

übersteigt geradezu jedes Vorstellungsbild. 2 1/2 Milliarde entfallen davon auf den Kriegsfonds, 17 Milliarden werden zur Durchführung des Friedensvertrages eingestellt und 16 Milliarden für die Abwicklung und Wiederherstellung verwendet. Die Lebensmittelmilliarden, die Hunderte von Millionen für die Verbilligung der Baukäufkraft und viele ähnliche Summen zeigen, wie ungeheuerlich die Wirkungen des Krieges die Volkswirtschaft belasten. Die Post rechnet mit einem Fehlbeitrag von 870 Millionen Mark, die

Eisenbahnverwaltung mit 14 bis 15 Milliarden Fehlbeträgen. Ursachen dieser Fehlbeträge sind der Raubbau während des Krieges mit unserem Verkehrswesen, die Schädigungen infolge des Waffenstillstandes durch die Unterlassung der zeitweiligen Vornahme von Reparaturen und sonstiger Schäden. Der Hauptgrund der außerordentlich schlechten Lage unserer Verkehrsverwaltungen liegt in den riesenhafte steigenden Personalauswendungen, in denen noch kein Aufhören zu erblicken ist. Beim Verkehrsweisen zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der noch vor einigen Monaten soviel gepriesenen Theorie der Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise. Das Verkehrsweisen kann mit Rücksicht auf die eigene Rentabilität und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft die Tarife nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis 16 Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamtausfall aus dem außerordentlichen Etat von 26,8 bis 27,8 Milliarden Mark, so daß wiederum ein Etat von

insgesamt 54 1/2 bis 55 1/2 Milliarden vor uns steht.

Bei derartigen Anforderungen wachsen selbstverständlich die Schulden des Reiches lawinenhaft. Gegenwärtig betragen sie rund 200 Milliarden. Da das Reich auch aufzukommen hat für Kriegsausgaben der Länder und Gemeinden, ferner für die Abfindungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Eisenbahnen, so ergibt sich eine Reichsschuld von ungefähr 265 Milliarden Mark. Es kann nicht weiter gehen, daß die ganze Volkswirtschaft vom Reich zehrt und dann noch bei Erhebungen von Steuern Schwierigkeiten gemacht werden. Die Folgen von etwaigen Steuerabschlüssen wären nicht auszu-denken und müßten

in erster Linie den Arbeiterhand treffen.

Wir stehen vor Spa und damit vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas. (Lebhafter Zustimmung.) Kaum man dem Schuldner die Möglichkeit zu arbeiten, sich wirtschaftlich über Wasser zu halten, dann erlaubt man sich selbst seiner Fortdauerrechte. (Lebhafter Zustimmung.) Das ganze Wiedergutmachungsproblem ist das Problem der Produktion. Der Golddecker muß getroffen, die Willkürdenpunkte überwunden werden. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann von Spa aus das Problem zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden. An unserem festen Willen wird es uns bei den Verhandlungen nicht fehlen. Das deutsche Volk hat trotz aller ungehörigen Rufe bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie noch niemals einem Volke auferlegt worden sind.

Gallen wir uns Tag für Tag, Stunde um Stunde vor Augen, daß wir arm, bettelarm geworden sind, daß jeder von uns opfern und seine letzten und besten Kräfte hergeben muß. (Anhaltender Beifall.)

Abg. Henke (U. Soz.):

Die Unabhängige Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt, daß der Kampf zwischen Kapitalismus und Proletariat im Parlament ausgefochten wird. Nur die Diktatur des Proletariats kann die Diktatur der Offiziersklasse brechen und das Mittel dazu ist in erster Linie der Ausbau der Reorganisation. Deshalb lehnen wir die Arbeiter, daß ihr Ziel nur im Klassenkampf erreicht werden kann. Diesen Kampf sieht meine Partei als ihre Aufgabe an. Jede Partei, die sich Sozialdemokratie nennt und nicht mit der Erfüllung dieser Aufgabe beschäftigt ist, hat das Anrecht auf ihren Namen verwirkt. (Beifall bei den U. Soz.) Nach rechts ist bei den Wahlen nur ein kleiner Teil des Volkes abgegangen, der Sehnsucht hat nach dem Ungarn des weißen Terror. Herr Bergt hat hier nur der Welt den Schmerz darüber geklagt, daß er von der Regierungskrippe ausgeschlossen ist. Den Grund für diesen Ausschluß der Deutschnationalen hat uns Herr Schiffer erzählt: er scheint die Deutschnationalen gleichsam als vaterlandslose Gesellen zu betrachten. (Beifall.) Noch interessanter war für uns das Werden der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Sozialdemokratie. Die Koalitionsparteien schlossen mit der in der Ecke stehenden Freundin. Herr Müller hat gemeint, hier eine große Lippe erlösen lassen zu müssen; aber wir werden bei Verhandlungen zeigen, daß sie niemals demagogi-

schär angezogen worden sind. (Zustimmung bei den U. Soz.) Müllers Rede sollte man eigentlich öffentlich anschlagen. Sie wird die Ansicht der Wähler von der Sozialdemokratie weg nach rechts lenken. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Müller hat die Kriegspolitik verteidigt. Er lobt insbesondere Herrn Koste, und er muß ihn loben, denn Koste ist ja zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden, außerdem hat Herr Koste, den die Arbeiter hassen gelernt haben wegen seiner Brutalität und wegen seiner Zuhälterdienste für den deutschen Kapitalismus. (Beifall bei den U. Soz. — Lachen bei den Soz.) Unter der Politik, die Herr Müller gemacht hat, sind viele Arbeiter getötet worden, haben Tausende von Arbeitern in den Gefängnissen gesessen. Wer Koste heute verteidigt, ist genau so wenig wert wie er. Die Politik der Mehrheitssozialisten war ein Verstoß an den Interessen des Proletariats. Herr Müller hat wie eine Landpromenade gefragt: wo sind denn die Gesetze, gegen die wir verstoßen haben? Die sind gegeben in den Beschlüssen der Internationale. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Da ist beschlossen worden, daß eine Arbeiterpartei sich niemals an einer Koalitionsregierung beteiligen darf, und warum sie das nicht darf, den Beweis dafür hat die Haltung der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung erbracht. Bald werden das alle Arbeiter erkennen. Man spekuliert darauf, daß die Arbeiter von uns abfallen würden, wenn wir es ablehnten, in die Regierung einzutreten. Die Gemeindevahlen in Berlin haben bewiesen, daß diese Spekulation falsch war. Aber die Spekulation der Mehrheitssozialisten ging weiter. Sie haben das Odium der Entlassung vieler Offiziere und vieler Mannschaften, die sich aus der Unterdrückung von Spa ergeben wird, nicht auf sich nehmen wollen. Zu gleicher Zeit, als man uns aufforderte, in die Regierung einzutreten, hat der mehrheitssozialistische Parteivorstand ein verträgliches Rundschreiben ausgedacht, in welchem er damit rechnet, daß nicht die Unabhängigen, sondern die Reichsparteien in die Regierung eintreten. (Hört! hört! bei den U. Soz.) Und das bezeichnet er nur als erwünscht. (Lebhafter Beifall, hört! bei den U. Soz.) Weiter heißt es dort, Ebert sollte Präsident bleiben, sonst gehe der Achtundzwanzig und die anderen Ertragsleistungen der Revolution verloren. (Lachen bei den U. Soz. — Zuruf des Abg. Müller (Soz.): Ich weiß nichts von dem Rundschreiben.) Na schön, dann hat man sich gesagt: wir sagen Hermann nichts davon, dann weiß er von nichts. (Beifall.) Man könnte dieses Kapitel der Auseinandersetzung der Mehrheitssozialisten mit den bürgerlichen Parteien vielleicht schließen mit der Ueberschrift „Verräterische Verräter“. Diese Auseinandersetzung hat aber weiter die Zerklüftung der bürgerlichen Parteien bewiesen und darüber freuen wir uns. Die Folge wird sein, ein Nichtstun bei Ihnen (nach rechts) gegenüber der Sozialdemokratie und Ihr (zu den Soz.) erzwungenes Verharren in der Opposition. Oder die Sozialdemokratie muß sich den Bürgerlichen auf Leib und Leben verkaufen. Alle Nachrichten über rote Armeen sind Lügen. Herr Trimborn hat gesagt, die Regierung müsse hart sein gegen Ruhestörer. Die Wänderungen sind jedoch alle von Sozialisten veranlaßt. (Rufe rechts: Hört!) Jetzt sollen ununterbrochen Jäger mit Bewaffneten nach Hamburg, da begreift man, daß Sozialisten die Arbeiter zu verleiten suchen, um der Reaktion die Wege zu ebnen. (Widerpruch rechts, lebhafter Zustimmung links. — Zuruf: Vorarbeit für Spa!) Darum sagen wir den Arbeitern: Seid auf der Hut und fallt darauf nicht herein. Trotz aller Gegenstände sind sich die bürgerlichen Parteien einig in der Feindschaft gegen den Sozialismus und schon der nächste Redner wird das beweisen. (Abg. Helfferich (Znat. Sp.): Das überlassen Sie mir.) Demgegenüber wird die Arbeiterschaft einig werden im Kampf gegen die Reaktion. Die bürgerlichen Parteien haben nicht aus Liebe um die Sozialdemokratie geworben, sondern aus den Gefühlen heraus, die die

Zuhälter ihren Dirnen gegenüber

haben. (Große Unruhe und Spürsel.) Auch die Arbeiter wissen, daß die Politik außerhalb der Parlamente gemacht wird, daß was am besten außerhalb der Parlamente mit Massaktionen für den Sozialismus wirken kann. Die Banken haben Millionengewinne gemacht auf Kosten eines todkranken Volkes. Das ist natürlich viel interessanter als in der Regierung zu sitzen. Diese großen Wirtschaftskräfte sind Internationalisten von reinem Wasser und Proletariatspartei wie vor dem Kriege. In ungeheurer Weise ist ausländisches Kapital in Deutschland angelegt worden. Die Kriegsanleihen, die ehemals auf die Anfindungen Helfferichs herein gefallen sind. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.) Die Reeder werden bald mit den amerikanischen Kapitalisten; da möchte ich doch nächstens einmal Abrechnung darüber haben, welche Summen ihnen aus dem Reichsloste bereits zugeflossen sind. Wo sind denn die Einnahmen des Reichs aus den Kriegsgewinnen? Die Steuereinnahmen aus den Taschen der Arbeiter sind gestiegen, aber die aus den Taschen der Kapitalisten sind zurückgegangen. Auch die Agrarier haben im Rechnungsjahr 1919/20 ganz bedeutende Summen erhalten. Sie bekommen 3775 Millionen Mark als Fruchtprämie, damit sie ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen sollten. Das sind die sogenannten vaterländischen Parteien. Ich gratuliere Ihnen (zu den Soz.) zu dem Werden dieser Parteien um Sie. Die Reaktion will die Klassenbewußte Arbeiterschaft zusammenschließen lassen, dazu braucht sie die Reichswehr. Aber die Klassenbewußte Arbeiterschaft wird einmütig zusammenstehen, wie sie einmütig bei der Einleitung der Last der Opfer im Ruhrgebiet zusammengelassen ist. Die Weltrevolution mit dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus ist auf dem Marsch, der Entscheidungskampf steht bevor. Es geht um Sieg! (Gedächtnis. — Beifall h. d. U. Soz.)

Bayer. Bevollmächtigter v. Preger erklärt, die Angriffe des Finanzministers gegen die Länder seien nicht berechtigt.

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) stellt fest, daß der alten Koalitionsregierung an und für sich nichts vorzuziehen sei. Den Redner fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft. Nur die Landwirtschaft kann uns aus der Not retten. Ihre Produktion muß vervielfacht werden.

In persönlicher Bemerkung führt der Abg. Ledebour (U. Soz.) wiederum unterbrochen vom Präsidenten aus, daß der Abg. Müller-Franken — unter großer Heftigkeit des Dauses sprach er von Müller-Weinungen — keine Beteiligung an den Januarunruhen falsch dargelegt habe. Er hätte unbedingt auf die ausföhrlichen Darlegungen zurückgreifen müssen. Eine Einigung mit den Mehrheitssozialisten sei so lange unmöglich, als in dieser Partei Scheidemann noch eine Rolle spiele, an dessen verherberter Hand das Blut von Tausenden Arbeitern fließt. (Stürmischer Protest h. d. Soz. Zurufe: Scheidemann! Sie haben dieses Blut auf dem Gewissen!)

Das Haus vertagt sich.

Freitag 1 Uhr: Anzeigen, Weiterberatung, Schluß 6 1/2 Uhr.

Berlin, 1. Juli. (B. T. Z.) Der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten trat Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen Dr. Simon erstattete eingehenden Bericht über die Vorbereitung der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuss, ohne in eine Beratung einzutreten.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Holzarbeiter.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt am Mittwoch eine Generalversammlung ab, in welcher Siegel einleitend folgende Ausführungen machte: Bekanntlich hat das von den Verbandsvertretern angenommene Tarifamt über die Streitfragen (Wohnfrage usw.) nicht tätig werden können infolge des Verhaltens der Unternehmer, die die Sitzung verließen. Als darauf die Vertretung der Kollegenschaft beim Reichsarbeitsamt die Einlegung eines Schiedsgerichts beantragte, legten die Unternehmer die Sabotage fort. Die Arbeitgeber wünschten die Sache so hinzustellen, daß sie für die Sitzung des Tarifamts nur keine Zeit mehr gehabt hätten, wohl aber für ein andermal zu Verhandlungen im Tarifamt bereit gewesen wären beziehungsweise bereit seien. Demgegenüber habe Kollege Larnow dem Reichsarbeitsamt klipp und klar dargelegt, daß lediglich die Unternehmer durch ihr unverdämltes Verhalten gegen den unparteiischen Vorsitzenden des Tarifamts ein Verhandeln des Tarifamts unmöglich gemacht hätten. Die Arbeitgeber blieben jedoch dabei, daß die Möglichkeit bestünde, das Tarifamt wieder zusammenzuberufen. Der Vertreter des Reichsarbeitsamts erklärte dann, er müsse erst amtliche Rücksprache nehmen, ob nunmehr die Einberufung eines amtlichen Schiedsgerichts in Frage käme. Einige Wochen vergingen. Erst am 29. Juni ist ein Vercheid des Reichsarbeitsministers eingegangen, worin es heißt: Dem Antrage, ein besonderes Schiedsgericht beim Reichsarbeitsamt einzuberufen, könne nicht stattgegeben werden, da die im Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsstellen nicht tätig gewesen seien, nach einer Verordnung vom Jahre 1918 aber die durch Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsstellen in solchen Streitfragen erst angerufen werden müßten. Daß das Tarifamt nicht tätig sein konnte oder wollte, sei nicht nachgewiesen. Die Weiterführung der Arbeitervertreter, daß die Arbeitgeber jene kritische Sitzung des Tarifamts verlassen hätten, könne der Minister als ein ausschlaggebendes „Krafttätigwerden“ des Tarifamts nicht anerkennen. Jedenfalls lägen die Voraussetzungen für die Bildung eines außerordentlichen Schiedsgerichts beim Arbeitsministerium nicht vor. — So der Herr Minister.

Dadurch sei seitens der Regierung

die Verschleppungstaktik der Unternehmer gestützt worden.

Redner habe heute sofort versucht, die formalen Anforderungen, die gestellt sind, sobald als möglich zu erledigen. In einer Rücksprache mit dem Vorstand habe man sich dahin verständigt, eine Möglichkeit auszunutzen, die durch die zufällige Anwesenheit des Obmannes des Arbeitgeberverbandes und des Reichsarbeitsrats gegeben ist, und zwar durch Herbeiführung einer Zusammenkunft des Obmannes der Arbeiter, des Kollegen Larnow, mit dem Obmann des Arbeitgeberverbandes. Sie seien heute zusammen, um zu beraten, ob sie das Tarifamt tagen lassen wollen. Ein Vercheid könne heute nicht mehr eintreffen. Möglich sei eine Einigung der beiden Obleute auf die Feststellung, daß das Tarifamt nicht zusammenzutreten könne. Außerdem gebe es noch die Möglichkeit, daß die beiden Obleute die Schlichtungskommission zusammenberufen und dort nachmals die Lohnfrage und die Ferienfrage besprechen. Wenn das nicht möglich wäre und wenn die Unmöglichkeit eines Zusammentritts des Tarifamts feststeht, dann sei das Reichsarbeitsamt zu veranlassen, ein Schiedsgericht einzusetzen.

Ziel der ersten den Geschäftsbericht der Verwaltung für das erste Quartal. Die Tätigkeit der Verwaltung und sämtlichen Angestellten und Funktionäre war im ersten Quartal eine besonders umfangreiche, besonders wegen der Lohnkämpfe, die im ganzen ersten Quartal geführt werden mußten. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Quartals 85012. Nach dem Halbjahresbericht, in dem der Kassierer viele Belästigungen ausbrachte im ersten Quartal die Hauptkasse eine Gesamtsumme von 2042594 M. und eine Gesamtausgabe von 1299799 M., so daß am Schluß des ersten Quartals ein Bestand von 742795 M. verblieb. Die Gesamtsumme der Lohnkasse betrug im ersten Quartal 1894450 M. Die Ausgaben betrugen 1829498 M. Der Zentralvorstand gewährte im ersten Quartal einen Zuschuß von 1170000 M. — Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Angenommen wird ein Antrag, daß die arbeitslosen Delegierten zur Generalversammlung beim Besuch der Versammlung eine Entschädigung von 8 M. erhalten.

Ueber die Tätigkeit und die Vorschläge der Reorganisationskommission berichtete Tiedemann in eingehenden Darlegungen, an die sich eine lebhafte Diskussion schloß. Es handelte sich um eine Ausprache darüber, ob die im vorgelegten Entwurf gegebenen Richtlinien eine brauchbare Grundlage bilden für die Umgestaltung der Organisation. Die Verschleppungstaktik soll erst in einer nächsten Generalversammlung erfolgen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Vorschläge der Reorganisationskommission als Grundlage dienen sollen für die Diskussion unter den Mitgliedern und für die Stellungnahme der nächsten Generalversammlung.

Als Vortrager für den Hauptvorstand wurde Schrotke gewählt. Eine Anregung aus der Versammlung, die Extrabeiträge aufzuheben, wurde durch Beschluß abgelehnt.

Das Kulturkonto eines Gewerkschaftsverbandes.

Durch die Herleitung des Leipziger Volkshauses während des Kampfes hat der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, der dort seinen Sitz hatte, seine wertvollen Sammlungen, Archive usw. eingebüßt. In einer vom Verbandsvorstand herausgegebenen Denkschrift wird in beweglichen Worten geschildert, was alles verloren gegangen ist. Wir wollen davon einiges hier festhalten, um zu zeigen, in welchem Maße der Steinarbeiterverband Kulturaufgaben erfüllt hat.

Vernichtet wurde die gesamte Redaktions- und Verbandsbibliothek: Werke über Geschichte, Staatsverfassung und Volkswirtschaftslehre, weiter eine umfangreiche Literatur über Arbeiter-, Arbeiterrecht- und Junftfragen. Auch schätzbare Werke fehlten nicht. Zugrunde gingen die Kommentare, hervorragender Rechtsgelahrter, desgleichen die sämtlichen Gesetzbücher, die umfangreichen Bände über das Tarifwesen, die Geschichtsbücher über die anderen Verbände, die Veröffentlichungen der deutschen Gewerkschaften u. a. Verloren ging eine reiche Sammlung der steinindustriellen Zeitschriften sowie von Monographien über die verschiedenen Gruppen der Steinindustrie, ferner eine zum Teil unersehbare umfangreiche geologische Bibliothek.

Verloren ging eine Katalogsammlung der Denkmalsfabrikanten und Grabsteinkünstler. Die gesamte Literatur über den deutschen Bauarbeiterstand, das historische und wissenschaftliche Material über die Berufsvereinigungen der Steinarbeiter, auch die Steinogamme des Reichslages und der verschiedenen Bundesstaaten, soweit sie auf den Steinarbeiterstand Bezug hatten, wurden zerstört.

Verloren wurde die Gesteins-, Mineralien- und Petrefakten-sammlung, die so vollständig war, wie kaum in irgendeiner Universtität. Sämtliche deutsche Gesteinsarten waren darin vorhanden, allein für den Granit gab es 150 verschiedene Plättchen; 100 Stufenarten der Sandsteine waren gesammelt. Neben den geistlichen Steinen gab es auch Handstücke im rohen Zustand. Die sämtlichen deutschen Marmorarten waren so gut vorhanden, wie die gangbarsten Sorten des Auslandes. Auch die Hauptarten der Kristalle waren vertreten. Es fehlte auch nicht an den wichtigsten Verfeinerungen. Von den vielen speziellen Sammlungen für Tariffrage, für die Auslastung sowie dem Material über die schwedische Steinindustrie und vielen anderen, den Älten, Professoren, Statistiken und Veröffentlichungen des Verbandes soll hier nicht die Rede sein.

Das Angeführte genügt, um zu zeigen, in wie hohem Maße der Steinarbeiterverband Kulturaufgaben erfüllt hat. All das mühsam Gesammelte, das zum Teil gar nicht oder doch nur zu unerwünschten Preisen wieder zu beschaffen ist, ist durch die glorreiche Zerstörung des „Volkshauses“ ausgelöscht worden.

Beilegung des Lohnstreits im ober-schlesischen Bergbau.

Im Reichsarbeitsministerium hat unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Hohenstein mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der ober-schlesischen Berg- und Hütten-Industrie eine Sitzung stattgefunden, in der es gelungen ist, die seit mehreren Wochen schwebenden Lohnstreitigkeiten beizulegen. Es wurde die Vereinbarung getroffen, daß zu den tariflich seit April geltenden Löhnen der im Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Gletow für die einzelnen Arbeiterkategorien festgesetzte Zuschlag entsprechend der im Monat Mai und Juni 1920 im Durchschnitt verfahrenen Schichtzahl einmalig, verteilt auf die Monate April, Mai und Juni 1920, gezahlt werden solle. Die Auszahlung erfolgt mit der Juniabrechnung.

Nachdem der Arbeitgeberverband die Vereinbarung nunmehr angenommen hat, ist auch die Zustimmung der Belegschaften nicht zweifelhaft und kann die Lohnbewegung im ober-schlesischen Bergbau als beendet angesehen werden.

Der Schiedsspruch im Einzelhandel.

Trotzdem der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums in seinem Schiedsspruch den Arbeitgebern reichlich entgegenkommt, haben die Arbeitgeber den ganzen Schiedsspruch unter wichtigen Vorwänden abgelehnt. Der Zentralverband der Angestellten hat deshalb sofort die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruchs beim Reichsarbeitsministerium beantragt, und es findet am heutigen Freitag dort eine Verhandlung statt. Sollten die Arbeitgeber auch bei dieser Verhandlung auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, so wird dem Reichsarbeitsministerium weiter nichts übrig bleiben, als den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Diejenigen Angestellten aber, die bisher noch immer meinten, daß die Arbeitgeber nur das Wohl ihrer Angestellten im Auge hätten, werden hierdurch wieder einmal treffend belehrt, daß ein Arbeitgeber und Kapitalist lediglich seine Profitinteressen im Auge hat. Deshalb müssen die Angestellten dem Klassenbewußten Ausbeutertum endlich die geschlossene Front der Klassenbewußten Angestellten und Arbeiter entgegenstellen. Einzelnen sind sie mach-

los, zusammengefaßt sind mit Leichtigkeit imstande, den Widerstand dieser Handvoll Ausbeuter zu brechen.

Verbindlichkeitsklärung der Feuererzulagen für den Einzelhandel Groß-Berlins.

Nach monatelanger Warten hat das Reichsarbeitsministerium die drei Feuererzulagen, die der Arbeitgeberverband im Einzelhandel nach Verhandlungen mit dem Zentralverband der Angestellten festgelegt hatte, für allgemein verbindlich erklärt, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1920 ab.

Diejenigen kaufmännischen Angestellten, die in Spezialgeschäften tätig sind und bisher weder das tarifmäßige Gehalt, noch die Feuererzulagen erhalten haben, müssen den ihnen zustehenden Betrag unbedingt sofort nachfordern. Sollten sich die Firmeninhaber weigern, Nachzahlungen zu leisten, so fordern wir hiermit die betreffenden Kollegen auf, sich unverzüglich in unserem Verbandsbureau, Velloallianzstr. 7/10, P. 10, P. 10, zu melden. Diejenigen Kollegen, für die bereits ein besonderer Tarifvertrag abgeschlossen ist, wie z. B. die Kollegen der Lebensmittelgeschäfte, Eisenwarengeschäfte, Papiergeschäfte, kommen nicht in Betracht für die Nachzahlung.

Hier mit dem 6-Uhr-Lohnschluß.

Alle Angestellten des Einzelhandels Groß-Berlins, gleichviel welcher Art, werden aufgefordert, teilzunehmen an einer großen Demonstrationssammlung, die vom Zentralverband der Angestellten veranstaltet wird, um die Regierung und die Arbeitgeber endlich zu zwingen, den 6-Uhr-Lohnschluß für alle offenen Verkaufsgeschäfte herbeizuführen. Keiner darf fehlen! Zeigt, daß auch Ihr als freie Menschen wenigstens für einen Teil Eures Lebens über Euch frei verfügen wollt!

Wirtschaft

Zum Wiederaufbau der Hamburger Schifffahrt.

Zwischen der Dapag (Hamburg-Amerika-Linie) und dem nordamerikanischen Garriman Schifffahrtsgesellschaft ist ein Abkommen zustande gebracht worden. Geheimrat Cuno bekräftigt, daß der Vertrag auf 20 Jahre läuft und einen gemeinsamen Dienst beider Teile auf allen Linien vorsieht, die früher von der Hamburg-Amerika-Linie allein oder in Interessengemeinschaft mit befreundeten Reedereien betrieben wurden. Es ist in Aussicht genommen, diese Linien nach Maßgabe des zu erlangenden Schiffraums und des Bedarfs wieder ins Leben zu rufen. In erster Linie soll der Verkehr zwischen Hamburg und den Vereinigten Staaten, dann auch der Verkehr mit La Plata und Westindien wieder aufgebaut werden. Jede der Vertragsparteien ist berechtigt, in den Dienst der Linien ihre eigenen oder von ihr gecharterten Schiffe bis zu 50 Proz. einzustellen. Diese Abmachung ist von außerordentlicher Bedeutung, denn dadurch kann jede der vertraglich verbundenen Parteien innerhalb dieser 50 Proz. ihren Dienst voll ausbauen. Weiter steht die Abmachung vor, daß alle von der Hamburg-Amerika-Linie für die verschiedenen Linien einzustellenden Schiffe auch unter deutscher Flagge fahren können, während man bisher angenommen hatte, daß die sämtlichen Schiffe des neuen Reedereivertrages unter amerikanischer Flagge fahren müßten. Geheimrat Cuno bekräftigt weiter, daß der ganze Vertrag auf dem Gedanken einer durchaus auf Gegenseitigkeit und Freundschaft aufbauten Partnerschaft beruhe.

Englische Staatswolle für Deutschland. Die amtliche Einkaufsstelle für Rohmaterialien hat an das Sandilok in Bradford für 4 Millionen Pfund Sterling Wolle verkauft. Man glaubt, daß diese Wolle für Deutschland bestimmt ist. Der Chef der Abteilung für Rohmaterialien teilt aber mit, daß von einem Verkauf an Deutschland nur durch Privatpersonen die Rede sein könne. Jeder Käufer von Staatswolle habe die Freiheit, diese Wolle auf eigene Gefahr an Deutschland zu verkaufen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin. Verlag: Kommandit-Gesellschaft, Berlin. Druck: Central-Verlagsanstalt u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin. Gendarmenstr. 2. 1000 1. Auflage.

Zur Kräftigung nach Krankheiten

Wohl bei Nervosität und Blutmangel gedraugt man nur die neuartigen Regipan-Tabletten. Erfolg wird garantiert. Wertvoll glänzend begünstigt. In allen Apotheken, sowie Drogerien zum Preise von 2,70 M. per Packung erhältlich. Wichtige Fabrikanten: Kantor Pharmacia München II.



J.F. Assmann

Butterhandlg. Union

Ernst Ladewig

Butterhandlg. Loreley

Otto Reichelt

5

werden von allen Hausfrauen in ganz „Berlin“ bevorzugt

Kaffee ^{1/2 Pfd.} 6,-

Haferflocken Pfd. 2,70

Reis Pfd. 5,50

Weiße Bohnen Pfd. 2,70

Kakao ^{1/2 Pfd.} 5,-

Lieferungen an Hotels, Cafes, Restaurants von 10 Pfd. an nur ab Lager Reichelthof, Berlin S.O.33, Schlesische Str. 28. Tel. Moritzpl. 15043